

---

**In eigener Sache** 2

---

## **SH-REFORM**

Reinhard Dellinger: Vorschlag zu einer Umstrukturierung der SH 3  
christian alton: verbesserungsvorschlag zum aufbau der sh 5  
winfried felderer: bericht über die vollversammlung der  
gruppe innsbruck 6

---

## **Universität**

Stellungnahme des SH-Vorstandes zur SVP-Entscheidung 7  
Emil Stocker: Erwiderung auf einen statistischen Versuch 8  
Emil Stocker: Taugkeit in der Universitätsfrage 9

---

## **Studientitel**

Dr. Otto Saurer: Zur Wiederaufnahme der österreichisch-  
italienischen Studientitelverhandlungen 10

---

## **Ladinische Seite**

Jakob Pioner: I Ladins y le Sinod 11

---

## **Politik**

Florian Fiedler: Faschismus in Südtirol und anderswo, 2. Teil 13  
Kurt Knapp: KVV - linksextrem? 16

---

## **Literatur**

Gerhard Koller: Lyrik 18  
Günther Winter: Leserbrief - Nachtopfvisionen 17

---

## **Sanitätsreform**

Karlheinz Grassegger: bemerkungen zur reform des sanitäts-  
dienstes 19

---

## **SH-Mitteilungen**

21

---

## **Promotionen**

22

---



## IN EIGENER SACHE

Der letzte SKOLAST konnte nicht erbringen, was er in der Einleitung versprach. Diese Selbstkritik gilt vor allem für die äußere Gestaltung, die noch wesentlich einfacher und weniger aufwendig sein sollte. Bei der letzten Nummer verhinderte technisches Versagen die beabsichtigte Änderung.

Eine genaue Kalkulation, die inzwischen aufgrund der eingeholten Kostenvoranschläge vorgenommen wurde, ergab, daß bei gleichbleibendem Format die höhere Seitenzahl den günstigeren Preis der einzelnen Seite weitgehend aufgewogen hätte. Daher scheint die Umstellung auf ein anderes System unter den gegenwärtigen Umständen nicht gerechtfertigt.

Es erreichten uns eine Reihe von Beanstandungen, die sich aber durchwegs nicht auf die Aussage sondern auf die Form der Beiträge bezogen. Damit verkennt man eine der wichtigsten Zielsetzungen des SKOLAST, nämlich die, Diskussionsforum zu sein. Das heißt, daß alle Meinungen und Stellungnahmen zu Wort kommen sollen. Eine Einrichtung, die dies ermöglicht, scheint uns für Südtirol nötig zu sein.

Die Aufgabe der Redaktion besteht also hauptsächlich in der technischen Durchführung der Veröffentlichung. Es versteht sich von selbst, daß man auf die von den Autoren gewünschten Eigenheiten in der Schreibweise Rücksicht nimmt.

Das Amt des Pressereferenten ist zur Zeit leider noch immer unbesetzt. Es scheint nicht möglich zu sein, einen Kollegen für dieses Referat zu finden, das ziemlich viel Zeit und Mühe in Anspruch nimmt. Auch diese Nummer wurde in Gemeinschaftsarbeit vom Vorstand herausgebracht.

Die Redaktion

Die Mitarbeiter dieser Nummer:

Christian ALTON, 39012 Meran, St. Franziskusstraße 3  
Reinhard DALLINGER, 39100 Bozen, Rentscherstraße 22 a  
Winfried FELDERER, 39022 Aigund, Mühlbach  
Florian FIEDLER, 39050 St. Pauls, Vogelsberg  
Karlheinz GRASSEGGGER, 39100 Bozen, Rentscherstraße 20 a  
Kurt KNAPP, 39042 Brixen, Priesterseminar  
Gerhard KOFLER, 39042 Brixen, Kachlerau 9  
Jakob PLONER, 39030 Enneberg  
Dr. Otto SAURER, 39100 Bozen, Waltherhaus  
Emil STOCKER, 39012 Meran, Schwimmschulstraße 10  
Günther WINTER, 39100 Bozen, Dreihelligengasse 1 B

## Vorschlag zu einer Umstrukturierung der SH

Reinhard Dallinger

Bei der letzten Klausurtagung, die während der Karwoche in Sarns bei Brixen stattfand, war man mit Interesse bei der Sache. Es waren immerhin 30 Teilnehmer gekommen, von denen fast die Hälfte SH-Mitglieder waren. Auch einige Ausschußmitglieder waren dabei. Diese rege Beteiligung ist auf das Thema der Tagung zurückzuführen: man erarbeitete Reformvorschläge für eine Umstrukturierung der SH in der jetzigen Form. Man war sich bald darüber einig, daß es so nicht weitergehen kann. Gleich am zweiten Tag ging man also daran, in einer Diskussion ein neues Modell zu erarbeiten. Man ging von einer Kritik an der gegenwärtigen Struktur der SH aus, die im wesentlichen folgende Punkte umfaßt:

### a) Repräsentativität

Der Ausschuß kann als willensbildendes Organ in wichtigen Angelegenheiten Stellung nehmen. Er soll dabei 1200 Hochschüler vertreten, von denen die einen zu einer schweigenden Mehrheit gehören, die sich höchstens für SH-Bälle und Stipendien interessiert, die anderen hingegen wohl eine Meinung haben, die sich aber selten mit der des Ausschusses deckt. Die Situation ist umso absurder, als die an den einzelnen Hochschulorten gewählten Ausschußmitglieder nicht im Verhältnis zu den wählenden, sondern im Verhältnis zu den am Hochschulort studierenden SH-Mitgliedern in den Ausschuß entsandt werden. Demnach wäre es z.B. möglich, daß in einem Hochschulort mit 400 Hochschülern 8 Ausschußmitglieder rekrutiert werden, obwohl nur 100 gewählt haben. Die Repräsentativität ist dadurch nicht gegeben, da der Ausschuß nur eine beschränkte Anzahl von Mitgliedern tatsächlich vertritt.

### b) Offizielle Meinung der SH

Die öffentlichen Stellungnahmen des Ausschusses oder der Vorstandsmitglieder werden in der Öffentlichkeit allgemein als Meinung der gesamten Südtiroler Hochschüler hingestellt. Man scheint dabei zu vergessen, daß es bei 1200 Hochschülern gar keine einheitliche Meinung geben kann. Das Argument, daß wenigstens nach außen hin eine einheitliche Meinung dastehen soll, um eine größere Wirkung zu erzielen, erweist sich als hinfällig, wenn man sieht, wie furchtbar „ernst“ die SH genommen wird.

### c) Flexibilität

Der gegenwärtige Aufbau der SH ermöglicht es Minderheitsgruppen von politisch interessierten Hochschülern nur bedingt, öffentlich zur Geltung zu kommen. Das heißt: Die spontane Aktion einer Gruppe könnte beispielsweise vom Vorsitzenden dadurch verhindert werden, daß er ihr die finanzielle Unterstützung versagt und sie auf den Ausschuß vertröstet, der möglicherweise zu einem Zeitpunkt tagt, an dem die Aktion bereits hinfällig geworden ist. Die Schwerfälligkeit, mit der von oben her Entscheidungen getroffen werden, verhindert auf diese Weise eine rasche Reaktion auf wichtige Ereignisse hin, und der ohnehin schwache Einfluß der SH wird noch vermindert. Außerdem wird so eine Politisierung der Basis unmöglich gemacht.

### d) Spontanität

Die Tätigkeit der SH erfolgt meistens nicht aus einem echten Bedürfnis heraus, sondern auf Grund ihrer Institutionalisierung, die die Organe der SH zur Aktivität drängt. Überdies fehlt der für eine spontane Aktion notwendige Kontakt zwischen den ausführenden Organen und der Basis. Dadurch führen die Maßnahmen der SH notgedrungen zu einer von oben her gesteuerten, künstlich aufrecht erhaltenen Aktivität, die zwar nach außen hin den Anschein reger Tätigkeit erwecken mag, in Wirklichkeit aber nicht den Bedürfnissen der Hochschüler und einer gegebenen Situation Rechnung trägt.

### e) Überschaubarkeit

Die politische Tätigkeit der SH in der gegenwärtigen Form kann von den herrschenden Kreisen zu leicht kontrolliert und manipuliert werden. Der Grund dafür liegt vor allem in der finanziellen Abhängigkeit. Außerdem ermöglicht der hierarchische Aufbau eine gute Überschaubarkeit von seiten der Regierenden. Diese lassen der SH zwar einen Spielraum, innerhalb dessen sich die Hochschüler nach allen Regeln der Demokratie austoben dürfen (Sie sind ja noch jung). Die manchmal auftretenden Meinungsdivergenzen zwischen der SH und den regierenden Kreisen werden so lange geduldet, als sie diesen gerade noch ins Konzept passen. Sie werden teilweise sogar begrüßt, weil man dadurch beweisen kann, wie demokratisch und tolerant man ist. Und sie werden stillschweigend übergegangen, wenn sie einem zu gefährlich scheinen. Die SH erfüllt so die Funktion einer Marionettenfigur in den Händen der regierenden Partei, gemäß § 3 der Statutenordnung: „Die Südtiroler Hochschülerschaft will dazu beitragen, der deutschen und ladinischen Bevölkerung Südtirols ihre ererbte Lebensform in der angestammten Heimat zu sichern und ihre Entfaltung zu fördern. Gleichzeitig bemüht sie sich um das gegenseitige Verständnis aller Volksgruppen in Südtirol.“

Aus der angeführten Kritik ergeben sich eine Reihe von entsprechenden Konsequenzen, die in dem ausgearbeiteten Modell berücksichtigt wurden. Es muß vorausgeschickt werden, daß das neue Modell gänzlich von der Struktur der bisherigen SH abweicht. Weiters muß vorausgeschickt werden, daß die Mehrheit der Tagungsteilnehmer sich darüber klar ist, daß eine Umstrukturierung der SH tiefgreifend sein muß und sich nicht darauf beschränken darf, gegenwärtige Statuten abzuändern. Deshalb werden sich die Tagungsteilnehmer für die Verwirklichung ihres Modells als ganzes einsetzen und in den wesentlichen Punkten keine Modifikationen zulassen, weil dadurch das Ergebnis verwässert würde.

## A) Gewerkschaftliche Tätigkeit

Man geht von der Voraussetzung aus, daß man zwischen gewerkschaftlicher Vertretung und politischer Tätigkeit unterscheiden muß. Jeder Südtiroler Hochschüler hat das Recht, gewerkschaftlich vertreten zu werden. Er braucht dafür keinen Mitgliedsbeitrag mehr zu zahlen, muß aber wohl wie bisher eine schriftliche Beitrittserklärung abgeben, weil es sich herausgestellt hat, daß nur ein juristisch anerkannter Verein mit einer Anzahl von Mitgliedern Anspruch auf öffentliche Gelder hat. Für die kontinuierliche gewerkschaftliche Tätigkeit ist ein Geschäftsführer verantwortlich.

### 1. Der Geschäftsführer

Der Geschäftsführer wird vom Ausschuß gewählt und nötigenfalls abgewählt, und ist diesem verantwortlich. Er darf keine po-

politischen Stellungnahmen abgeben. Seine Aufgaben sind, um Kompetenzüberschreitungen auszuschließen, genau festgelegt und beschränken sich auf folgende Tätigkeiten:

- a) rechtliche Vertretung der Südtiroler Hochschüler nach außen
- b) Geldbeschaffung
- c) gewerkschaftliche Anliegen wie Studententitel, Stipendium, Studienberatung, Arbeitsvermittlung, Reiseleihen, Fahrkostenzuschüsse, Budenerhaltung, Ermäßigungen, Sekretariat.

## 2. Der Ausschuß

Der neue Ausschuß unterscheidet sich grundlegend vom gegenwärtigen. Er ist nicht mehr das willensbildende Organ und darf keine politische Stellungnahme abgeben. Er ist nur mehr für die Verwendung der Gelder zuständig, die er an die von der Basis gebildeten Arbeitsgruppen verteilt. Kriterien für die Verteilung sind keine politischen oder moralischen Erwägungen, sondern einzig die Aktivität der Arbeitsgruppen, gleichgültig welcher Art die Aktivität ist. Das heißt, es genügt, wenn eine Arbeitsgruppe eine Tätigkeit vorweisen und Ausgaben belegen kann, um ein Anrecht auf finanzielle Unterstützung zu haben.

Die Wahl des Ausschusses erfolgt nicht wie bisher im Verhältnis zu den am Hochschulort anwesenden Hochschülern, sondern im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen.

## 3. Die Mitglieder

Mitglied der SH kann werden:

- a) Wer an einer Universität oder Hochschule eingeschrieben ist.
- b) Wer an einem Institut mit Hochschulrang eingeschrieben ist, auch wenn für die Aufnahme die Reifeprüfung nicht erforderlich ist.

Der Geschäftsführer nimmt Mitglieder über Antrag derselben auf.

## B) Politische Tätigkeit

### 1. Arbeitsgruppen

Die Vertreter dieses Modells sind überzeugt, daß jegliche Tätigkeit von Arbeitsgruppen ausgehen soll, die mit den Ergebnissen dieser Tätigkeit direkt an die Öffentlichkeit treten können. Eine derartige Verlegung der politischen Aktivität der politischen Aktivität von der Spitze auf die Basis stellt das bisherige Konzept der SH von den Füßen auf den Kopf. Es ergeben sich daraus eine Reihe von Vorteilen, die die zur Zeit bestehenden schein-demokratischen Strukturen vermeiden:

- a) Die Arbeitsgruppen sind nicht mehr repräsentativ für eine passive Masse, sondern ausschließlich für eine Gruppe von Gleichgesinnten. Dadurch fällt der für wirksame Aktionen hinderliche Ballast von uninteressierten Mitläufern ab.

b) Es gibt keine offizielle Stellungnahme aller Südtiroler Hochschüler mehr, sondern nur mehr Stellungnahmen von Arbeitsgruppen, die sich selbst vertreten.

- c) Die Aktionen der Arbeitsgruppen können mit größerer Durchschlagskraft erfolgen, da sie unmittelbar von diesen ausgeführt werden können, ohne vorher die schwerfällige Mühe von höheren Instanzen durchlaufen zu müssen. Entscheidungen können rasch getroffen werden. Dadurch ist es möglich, auf wichtige Ereignisse sofort zu reagieren.

- d) Arbeitsgruppen können sich jederzeit bilden, wenn ein Problem auftaucht und nach Erreichung ihres Zieles wieder auflösen. Dadurch wird die Spontaneität der Aktionen gewährleistet, die nur mehr erfolgen, wenn das Bedürfnis danach besteht.

- e) Die Aktivität von spontanen, nicht institutionalisierten Gruppen, die sich jederzeit bilden und auflösen können, wird für die herrschenden Kreise schwer überschaubar und bietet wenig Angriffspunkte. Eine Rechenschaft über die Verwendung der erhaltenen Geldbeiträge ist nur im Nachhinein möglich. Es wurde der Einwand erhoben, daß die für eine Aktivität notwendigen Geldquellen versiegen könnten. Die Tagungsteilnehmer sind sich dessen bewußt. Jedoch sind sie der Meinung, daß derartige Maßnahmen nur noch deutlicher zeigen, wie demokratisch man in Wirklichkeit ist. Außerdem rechnet man für diesen Fall mit der Erschließung neuer Geldquellen.

Jeder Hochschüler, der politisch oder anderswie tätig sein will, kann sich mit Gleichgesinnten zu Arbeitsgruppen zusammenschließen. Es steht den Arbeitsgruppen frei, mit anderen Organisationen oder mit Interessengruppen außerhalb der SH zusammenzuarbeiten.

## C) Die Versammlung

Es gibt dreimal im Jahr eine Versammlung. Die Termine für diese Versammlung werden vom Geschäftsführer nach Rücksprache mit den Arbeitsgruppen festgelegt. Die Versammlung ist öffentlich. Sie dient der gegenseitigen Information unter den Arbeitsgruppen, der Koordination gemeinsamer Aktionen und ist nur für die anwesenden Mitglieder repräsentativ.

## D) Schlichtungskommission und Aufsichtsrat

Bei Streitigkeiten ernennt jede Partei einen Vertrauensmann. Die Vertrauensmänner bestimmen einen Vorsitzenden. Im Falle der Nichteinigung wird der Vorsitzende vom Ausschuß bestimmt. Die Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen.

Der vom Ausschuß gewählte Aufsichtsrat überprüft die Finanzgebahrung der Arbeitsgruppen und des Geschäftsführers.

Im vorliegenden Modell wurden nur die Punkte, die den Tagungsteilnehmern für eine Umstrukturierung als wesentlich erscheinen, näher behandelt. Verschiedene Probleme wie beispielsweise die Weiterführung eines Informationsblattes (Skolast) wurden nicht erörtert, da es die zur Verfügung stehende Zeit nicht erlaubte.

Es gilt nun, die in der Klausurtagung erarbeiteten Ideen abzuwägen. Die Tagungsteilnehmer fordern alle Südtiroler Hochschüler auf, sich mit dem vorgebrachten Modell auseinanderzusetzen.

# verbesserungsvorschlag zum aufbau der sh

christian alton

ist die hochschülerschaft in ihrer derzeitigen form in der lage, ihrer aufgabe gerecht zu werden, bzw. die möglichkeiten, die eine hochschülerorganisation haben kann, auszunutzen? dies ungefähr war die kernfrage, die die leitung der sh stellte, als sie hochschüler südtirols aufforderte, an der klausurtagung in sarns teilzunehmen.

durch die frage war eine gewisse richtung bereits gewiesen. vielleicht hätte man sie in anderer form stellen müssen, um an das grundsätzliche problem zu gelangen; nämlich, „darf eine hochschülerschaft überhaupt das recht in anspruch nehmen, am öffentlichen leben gestaltend mitzuwirken oder hat sie sich darauf zu beschränken, eine organisation der standesvertretung zu sein, deren aufgabe ausschließlich darin besteht, möglichst viele vorteile für die mitglieder zu erarbeiten?“

hätte man die frage so gestellt, wäre nicht der fall eingetreten, daß die mehrheit der in sarns versammelten aus dem besten willen heraus, die stellung der sh im öffentlichen leben wirksamer zu machen, ein modell erarbeitete, das letzten endes nichts anderes bedeutet als die aufgabe jeden einflusses auf das öffentliche geschehen. es stimmt, daß die verlagerung politischer betätigung und änderung auf spontane arbeitsgruppen eine belebung des vereins, vor allem aber einen beitrag zur bewußtseinsbildung darstellen müßte. dabei geht man aber von der annahme aus, das einzelne mitglied sei nur durch die starre struktur des vereins eingeschränkt. der vorwurf, daß diese behauptung hauptsächlich eine ausrede für untätigkeit und desinteresse sei, kann nicht ganz zurückgewiesen werden. als beispiel sei hier angeführt, daß an der klausurtagung ca. 2%, an der vollversammlung ca. 6% der hochschüler teilnahmen; nun kann niemand mit recht behaupten, daß die entscheidung über die eigene zukunft etwas sei, was die mitglieder eines vereins wenig angehe. und zu dieser entscheidung war jeder hochschüler südtirols aufgerufen. doch an den veranstaltungen nahm ein eng umschriebener kreis von hochschülern (mitgliedern der sh und ausgetretenen) teil. es handelt sich dabei um eine gruppe, der aufgrund ihrer aktivität auf jeden fall mehr einfluß zukommt, gleichgültig welches system in kraft ist.

der vorschlag, der in sarns von der mehrheit erarbeitet wurde, sieht vor, daß ausschließlich die arbeitsgruppen mit politischen äußierungen an die öffentlichkeit treten dürfen. dagegen ergeben sich folgende bedenken.

die hochschülerschaft würde mit einem schlag aufhören, im land vertreten zu sein. welches problem immer an die hochschülerschaft herangetragen würde — und die probleme treten in bozen an sie heran und nicht an irgend einem studienort — es gäbe niemanden, der dazu stellung nehmen könnte. daher muß man jetzt nicht nur an wichtige politische entscheidungen denken, sondern sich einfach die entscheidungen vor augen halten, die über die rein technisch administrative betätigung hinausgehen und für die niemand mehr zuständig ist.

## der ausschuß

es dürfte schwer fallen, vertreter für einen ausschuß zu finden, dessen einzige zuständigkeit die erarbeitung eines verteilungsschlüssels für gelder wäre. schließlich würde der ausschuß aus vertretern der arbeitsgruppen zusammengesetzt sein. dies bedeutet eine institutionalisierung von spontanen gruppen, bereits in den begriffen liegt der widerspruch. die folge müßte sein, daß sich nicht eine arbeitsgruppe zur behandlung eines problems bildet, sondern daß sich eine etablierte arbeitsgruppe ein problem zur behandlung erfinden muß.

## der geschäftsführer

der vorschlag trägt in erster linie dem umstand rechnung, daß auf die gewerkschaftliche tätigkeit mehr wert gelegt werden muß, als dies bisher der fall war. und dies kann von jemandem, der ganz-

jährig mit der leitung beauftragt ist, ohne weiteres verlangt werden. doch die ausdrückliche beschränkung auf eine reihe von durchführungen läßt einfach die realität unberücksichtigt, wenn sich der geschäftsführer an die regelung hält, tritt der oben erwähnte fall bei völligen abwesenheit der hochschülerschaft im öffentlichen leben südtirols ein. wenn er aber unter großzügiger auslegung des begriffs „gewerkschaftliche tätigkeit“ seine stellung in bozen ausnützt und auf eigene faust politik macht, ist dies kaum mehr kontrollierbar. ein ausschuß, dem man das recht abgesprochen hat, eine politische meinung zu haben, ist aufgerufen darüber zu befinden, ob die tätigkeit des geschäftsführers noch rein gewerkschaftlich oder schon politisch ist!

## die arbeitsgruppen

wer etwa die befürchtung hegt, es könnten sich zu viele arbeitsgruppen bilden, der kann beruhigt sein. es ist wohl anzunehmen, daß bei inkrafttreten des neuen systems eine hochkonjunktur ausbräche, aber ebenso ist anzunehmen, daß der reiz des neuen bald verloren ginge und die tätigkeit auf den einzugsbereich bewährter führerpersönlichkeiten eingeschränkt wäre.

es ist festzustellen, daß auch in der bisher herrschenden ordnung arbeitsgruppen, die sich zur behandlung eines problems bildeten begrüßt und gefördert wurden. es ist selbstverständlich, daß die gruppe mit ihrem arbeitsergebnis an die öffentlichkeit treten kann. diese äußierungen könnten ja immer nur im eigenen namen erfolgen.

## der alternativvorschlag

der vorschlag, der aufgrund dieser bedenken in sarns als alternative erarbeitet wurde, trägt dem wunsch nach einer verlagerung der aktivität von der spitze auf die basis durch eine intensivere förderung und unterstützung der arbeitsgruppen durchaus rechnung. nur sucht man zu vermeiden, daß die hochschülerschaft, die bisher die vertretung der interessen der hochschüler in südtirol mit mehr oder weniger erfolg wahren konnte, gänzlich aus dem kräftespiel unseres landes gezogen wird.

### 1. änderung des wahlmodus:

die vertreter in den ausschuß sollten nicht wie bisher aufgrund der stärke der gruppe, sondern im verhältnis der anzahl der wählenden entsandt werden. die wahl der vertreter hätte noch im sommersemester zu erfolgen. zu beginn der ferien müßte die erste sitzung des neuen ausschusses mit dem „tagesordnungspunkt wohl des „vorsitzenden“ erfolgen. der neue vorsitzende hätte zu beginn des wintersemesters sein amt anzutreten.

dadurch wäre gewährleistet: erstens arbeitet der vorsitzende mit dem ausschuß, der ihn gewählt hat; zweitens stimmt die amtsdauer mit der dauer eines studienjahres überein.

### 2. verzicht auf den alleinvertretungsanspruch:

das meinungsmonopol in der sh, das bisher ermöglichte, daß unter umständen die meinung einzelner als die offizielle meinung der sh hingestellt wurde, soll aufgehoben werden. jede politische äußierung innerhalb der sh erfolgt nur im namen derer, die dazu den auftrag erteilen. die tätigkeit des vorsitzenden ist, wie es der § 42 des statuts beschreibt, als vollzugstätigkeit zu verstehen. (die im ausschuß erzielten mehrheitsbeschlüsse stehen nicht mehr als „meinung der sh“ da.)

### 3. arbeitsgruppen:

der ersatz der arbeitsunkosten für aktionsgruppen ist gewährleistet. die gelder werden vom ausschuß auf vorlage eines programms bzw. eines ergebnisses zugeteilt. die aktionsgruppen treten mit ihren arbeitsergebnissen an die öffentlichkeit und sprechen im eigenen namen.

die veröffentlichung im skolast soll gewährleistet sein.

wir hoffen, daß diese vorschläge, die keineswegs in anspruch nehmen ein optimalprogramm zu sein, eine belebung der sh von der basis her zu schaffen vermögen, ohne eine lücke aufzuwerfen.

# bericht über die vollversammlung der gruppe innsbruck

winfried felderer

am 26. april hat in innsbruck die 1. vollversammlung im sommersemester 1971 stattgefunden. den vorsitz führte der neue verbindungsmann winfried felderer. auf der tagesordnung standen unter anderem 2 punkte, die hervorgehoben werden sollen: 1. diskussion über die in sarns erarbeiteten vorschläge, 2. übersicht über die tätigkeit der gruppe im sommersemester.

bei der behandlung des ersten punktes kam es zu einer regen diskussion, bei der sich zwei fronten herauskristallisierten; die einen, unter ihnen waren die kollegen grassegger und dallinger, sprachen von der notwendigkeit, die sh zu reformieren, ein schritt dazu sei die durchführung des hauptvorschlages von sarns, der eine schwerwiegende änderung an den statuten vorsieht.

es wurde festgestellt, daß die sh, d.h. der vorstand, die meinung ihrer mitglieder zu vertreten glaube, was aber nicht zutrefe, da die meinung, die der vorstand verrete, nur eine mehrheitsmeinung sei, die minderheitsmeinungen unberücksichtigt lasse. aus diesem grunde sei die abschaffung des vorstandes und die einstellung eines geschäftsführers notwendig. dieser vertritt die hochschüler nur mehr in gewerkschaftlichen angelegenheiten und darf keine politische stellungnahme mehr abgeben. wo die grenze zwischen politischer und gewerkschaftlicher tätigkeit zu ziehen ist, hat noch keiner zu klären versucht.

die tätigkeit, sei sie nun politischer, kultureller oder gesellschaftlicher art, müsse von der basis her getragen werden. aus diesem grunde sei die förderung (insbesondere die finanzielle) von sogenannten „aktionsgruppen“ notwendig; diese sollten auch die gesellschaftskritische funktion, die bisher der vorstand innehatte, übernehmen.

dieser gruppe standen jene, gegenüber, unter ihnen kollege ebner, die immer wieder zweifel an der durchführbarkeit derartiger pläne äußerten. es wurde u.a. die frage aufgeworfen, wer denn die finanzierung übernehmen sollte. habe man sich darüber schon den kopf zerbrochen? eine weitere frage war, ob sich überhaupt leute finden würden, die derartige gruppen bilden wollen; die einzige gruppe, die bisher gut funktioniert habe, sei die sportgruppe. weiters wurden zweifel angemeldet, ob die durchschlagskraft von kleinen aktionsgruppen, die an die öffentlichkeit treten, überhaupt noch vorhanden sei, da durchschlagskraft auch davon abhängt, wieviele leute hinter einer meinung stehen.

auch kollege alton, der zu diesem anlaß erschienen war, ergriff das wort, indem er das ergebnis der arbeit seiner gruppe in sarns zusammenfaßte. seine befürchtung in bezug auf den hauptvorschlag sei die, daß ein geschäftsführer eigentlich noch mehr macht auf sich vereinigt hätte, als der derzeitige vorsitzende, so daß der eigentliche sinn der reform, die verlagerung des schwergewichtes auf die basis, verfehlt wäre.

bei der behandlung des 2. punktes ergriff der verbindungsmann das wort. er stellte fest, daß es nun an der zeit sei, tatsächlich eine verlängerung auf die basis zu versuchen. allerdings sehe er dabei keine notwendigkeit, die statuten schwerwiegend zu ändern, da die krankheit, von der die sh befallen ist, nicht in den statuten zu finden sei, sondern in der mentalität aller mitglieder, sei es nun vorstand oder basis. die studentenschaft befinde sich in einer art dormröschenschlaf, sie müsse geweckt werden, aber nicht durch änderung der statuten, sondern dadurch, daß die basis selbst die tätigkeit entfalte. es sei falsch zu glauben, daß man die tätigkeit der gruppe von oben her bestimmen könne.

dementsprechend werde der verbindungsmann auch sein semesterprogramm gestalten; gelinge der versuch, dann sei es bewiesen, daß man auch innerhalb der statuten demokratisch arbeiten kann. gelinge er nicht, so sollte es doch ein hinweis auf die gefahr sein, die man laufen würde, wenn man die statuten änderte.

am 19. April 1971 traf der Ausschuß der SVP die lange erwartete Entscheidung zur Universitätsfrage (Bolomiten 20.4.1971). Wer sich mit dem Problem auseinandergesetzt hatte, wurde durch sie bestimmt nicht überrascht, die Öffentlichkeit erwartete eine Stellungnahme der Hochschülerschaft, die bereits vorher mehrmals ihre Ansicht zu dieser Frage kundgetan hatte und sich von der Entscheidung direkt betroffen fühlte.

## Stellungnahme des SH-Vorstandes zur SVP-Entscheidung

Die Kräfte, die sich bisher für eine Hochschulgründung in Südtirol eingesetzt haben, sind verpflichtet, sich zur Entscheidung zu äußern, die der Ausschuß der Südtiroler Volkspartei am 19. April 1971 verabschiedet hat.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß die SVP die entscheidende Verantwortung für die Zielsetzung der Landesregierung trägt. Unter diesem Gesichtspunkt muß die Entscheidung betrachtet werden. Jede Regierung übernimmt die Verpflichtung, für das Gemeinwohl der ihr unterstellten Bevölkerung zu sorgen. Aus dieser Sorge kann die Kultur nicht ausgeklammert werden. In unserem Land leben drei Volksgemeinschaften in einer gemeinsamen Gesellschaft. Wer die Regierungsverantwortung trägt, kann nicht im Glauben an die völlig getrennte geistige Entwicklung der Volksgruppen eine davon in ihren wesentlichen Anliegen übergehen.

Die ausschließliche Beschäftigung mit dem Deutschen und Ladinischen wirft die Frage auf, ob sich die Partei ihrer kulturellen Verantwortung auf Landesebene voll bewußt ist. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß Hochschulkurse, die den Bewerbern der deutschen und ladinischen Volksgruppe vorbehalten sein sollen, unter den gegebenen Umständen nicht nur den bestehenden Schulzuzahlungsbrauch umstoßen, sondern auch kaum mit akademischer Lernfreiheit vereinbar sein würden. Außerdem wäre eine derartige Beschränkung wahrscheinlich verfassungswidrig (Art. 3).

Wer einer italienischsprachigen Hochschule im Lande das Wort redet, übersieht, daß sich eine derartige Entwicklung in ihrem Wachstum zwar hemmen, aber nicht verhindern läßt. Dadurch würde ein Verzweigungskampf der Südtiroler gegen das Unabwendbare heraufbeschworen.

Wenn man zur Kenntnis nimmt, daß sich die SVP nur als Vertretung der deutschen und ladinischen Volksgruppe sieht, muß man einräumen, daß das Schwergewicht in der SVP-Entscheidung auf der Bildungsnotwendigkeit liegt. Allerdings fehlt der Hinweis auf die geistige Entwicklung des Landes Südtirol, die in der Mehrheitsentscheidung der Landesschulkommission noch einigermaßen in Betracht gezogen worden war.

Der Ausschuß der SVP sieht im Hochschulstudium außer Landes, besonders im deutschen Sprachraum, das vordringliche Anliegen, das sich aus der geistigen Lage Südtirols ergibt. Ein solches Anliegen entspricht aber der geistigen Lage der deutschen und ladinischen Bevölkerung, wie sie nach dem Zusammenbruch des Faschismus, also vor 20 Jahren gegeben war. Heute, nach zwanzigjährigem Studium im Ausland, kann die erworbene Spannweite nicht in nennenswert größerem Maße in der Heimat fruchtbar werden, solange die entsprechenden Einrichtungen, die auf die unübersehbaren Sonderbedingungen Südtirols Rücksicht nehmen, fehlen. Geistige Bewußtseinsbildung scheitert heute an der Unzulänglichkeit der heimlichen Bildungsstätten.

Das SVP-Dokument erwähnt im Zusammenhang mit dem Mangel an Mittelschullehrern nur die Ausbildungsfrage, läßt aber andere Probleme wie die Lehrmittelfrage außer Acht. Begrüßenswert ist jedenfalls, daß man sich für die Abhaltung von Hochschulkursen im Lande auch im Zusammenhang mit der Ausbildung von Werkstudenten entschieden hat.

Die Entschließung der SVP sieht in großzügigen Studienbeihilfen und in der Studientitelerkennung nahezu das Allheilmittel für die Sicherung eines tüchtigen akademischen Nachwuchses aus den Südtiroler Familien. Natürlich kann die Bedeutung dieser beiden Punkte gar nicht genug betont werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Studienbeihilfen bereits heute für die Einhaltung des gesamtitalienischen Durchschnittes unzureichend sind. Die Ausdehnung der staatlichen Studienbeihilfen auf Südtiroler, die im Ausland studieren, könnte gewisse Abhilfe schaffen. Doch können die Studienbeihilfen Südtirol nicht von der Rolle eines Landes, das fernab von jedem Ausstrahlungsmittelpunkt von Lehre und Forschung liegt, befreien. Zwischenstaatliche Kulturabkommen, mögen sie noch so großzügig sein, werden schnell durch die Entwicklung überholt und der Angleichungsprozeß an die Erfordernisse ist langsam.

Auch der weitere Ausbau des Schulwesens, einschließlich des zweiten Bildungsweges, der Erwachsenenbildung und der Errichtung von Heimen wird als Ersatz für eine Hochschulgründung betrachtet. Hier wird etwas, was mit der Hochschule in einer Ebene liegt, in Gegensatz zu ihr gebracht, als ob die intensive Förderung auf diesem Gebiet nicht ohnehin höchste Notwendigkeit wäre. Sollte sich nun der zeitgemäße Ausbau des Schulwesens als Nebenerscheinung der Forderung nach einer Hochschule durchsetzen, wäre es nur zu begrüßen. Der Fortschritt auf diesem Gebiet sollte aber nicht rein zahlenmäßig gemessen werden, sondern im Hinblick auf die Abweichung vom mitteleuropäischen Durchschnitt mit besonderer Berücksichtigung der Lage in Italien.

Da niemand so sehr einen geistigen Provinzialismus fürchtet, wie die Befürworter einer Hochschulgründung in Südtirol, stimmen sie damit überein, daß die Nachwuchserfordernisse der Südtiroler allein nicht die Errichtung einer eigenen Universität rechtfertigen würden. Man war immer um einen lebendigen Anschluß an das europäische Geistesleben, mit besonderer aber nicht ausschließlicher Beachtung des deutschen, bemüht. Wenn dieser Anschluß gewährleistet werden kann (z. B. Fribourg), braucht man nicht um den Zuzug von Lehrenden und Lernenden aus dem deutschen Sprachraum bange zu sein, auch wenn das Universitätsgefüge nicht ganz österreichischen und deutschen Vorbildern entspricht.

Was die gesetzlichen Regelungen des Hochschulwesens betrifft, so scheint die Entwicklung durchaus abschätzbar und angesichts der beträchtlichen Zeit, die zwischen einer grundsätzlichen Bejahung und der Aufnahme des Lehrbetriebs vergeht, durchaus zu bewältigen zu sein.

Es ist zu begrüßen, daß der Ausschuß der SVP die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung besonders im Hinblick auf eine europäische und universelle Lösung offengelassen hat. In diesem Zusammenhang sind die grundsätzlichen Äußerungen bemerkenswert, die der italienische Unterrichtsminister kürzlich in Wien getan hat, und es ist zu hoffen, daß diese Einstellung weiterhin beibehalten und verfolgt wird.

Die Entscheidung ist gefallen. Der Landesparteiobmann wagte voll Zuversicht, die Zukunft als Zeugen für die Richtigkeit aufzurufen. Uns bleibt die Aufgabe, zu kontrollieren, daß die angeführten Ersatzlösungen, mögen sie auch unzulänglich erscheinen, nicht leere Versprechen bleiben und gleichzeitig alle Schritte zu unternehmen, daß in Südtirol die Überzeugung weiter Verbreitung findet, daß neue Erfordernisse gegeben sind.

# Erwiderung auf einen statistischen Versuch

Emil Stocker

Ursprünglich war der Schreiber dieser Zeilen der Meinung, das Tagblatt der Südtiroler hätte einen alten Leserbrief wieder ausgegraben. Herr Walther Amonn äußerte sich nämlich am 9.3.1971 dortselbst so als ob inzwischen die SKOLAST-Sondernummer „Hochschule in Südtirol — für Südtirol?“ nicht erschienen und man immer noch auf mehr oder weniger gut gehörte Äußerungen einiger Redner bei der letzten SH-Studententagung angewiesen wäre. Da aber am 30. März 1971 wieder darauf Bezug genommen wird, scheint es sich eher um eine Wiederholung jenes Presseangriffes zu handeln, der vom selben Leser Anfang 1970 über die Spalten vorgetragen wurde, diesmal im Hinblick auf die Partelausschußzeitung. In einer sogenannten „kleinen Arithmetik zur Universitätsfrage“ wurden einige Zahlen hingeworfen, deren Zusammenhang offenbar auch dem genannten Leser nicht ganz klar war. Der Schreiber dieser Zeilen war der Meinung, daß man solche Zahlenunterlagen auch in Südtirol nicht unbeanstandet durchgehen lassen sollte und schrieb daher am 19.4.1971 einen Leserbrief mit Klarstellungen an das Tagblatt der Südtiroler. Die dortige Schriftleitung erachtete es nicht für sinnvoll, etwas davon an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Die Klarstellung sei nun hier wiederholt.

1. Herr Amonn rechnete aus, daß auf Grund einer Auf-Hundert-Übertragung „nur“ ein Drittel von 1300 Hochschülern, also 433, für eine Südtiroler Universität in Frage kämen. Eine derart statische Zahl erscheint durchaus berechtigt und wird auch dadurch unterbaut, daß gegenwärtig rund 300 Südtiroler die Brixner Hilfslehrerkurse und rund 100 die MULP-Kurse besuchen. Allerdings dürfte die Anzahl der Hochschüler näher bei 1500 als bei 1300 liegen. Die eigentliche statistische Grundlage war eine von der SH bei der Maturantenberatung veranstaltete Umfrage, wo von 92 Befragten 25 (27%) eine Inskriptionsbereitschaft kundtaten, 32 (35%) diese verneinten und die übrigen 35 (38%) sich nicht äußerten. Diejenigen, die genau wissen, daß für sie ein Studium außer Landes nicht möglich ist, kommen gar nicht erst zur Maturantenberatung. Die meisten Befürworter einer Südtiroler Universität wollen selbstverständlich diese nicht nur auf Südtiroler beschränken.

2. Völlig unangebracht ist es, 7% von der Bevölkerung zu errechnen, wie es gemacht wurde. Diese Zahl sagt gar nichts, denn die 7% stellen die mitteleuropäische Hochschulbesuchervergleichszahl dar, gerechnet auf die in Frage kommenden Jahrgänge. In den Vereinigten Staaten liegt die Zahl bei 30%.

Auf die Gesamtbevölkerung bezogen sind es gegenwärtig in Italien rund 1,25%. Damit würden auf die deutsche und ladinische Bevölkerung rund 3000 Hochschüler fallen. Es fehlen also wenigstens 1000 Hochschüler.

Es ist zwar wahr, daß die unmittelbare Auswirkung einer doppelsprachigen Universität (in diesem Zusammenhang wurde die Zahl genannt) sich nur auf einen sehr geringen Teil der Gesamtbevölkerung Südtirols beziehen würde, aber immerhin auf einen wesentlichen Teil der höchstgebildeten. Es wäre traurig, wenn sich nicht einmal diese verstünden.

3. Es wurde zu beweisen versucht, daß die SVP etwas für die Hebung der Bildungsebene tue, denn sie gebe über 80 Millionen für Stipendien aus, „fast gleich viel wie das Gesamtkulturbudget für alle übrigen kulturellen Belange“. Ferner baue das Land Studentenheime, wodurch die meist bäuerlichen Südtiroler besser mit Hochschulstudenten dasländen als ähnliche Bevölkerungsgruppen.

Nun betragen die Gesamtausgaben des Landes auf den Sektoren Schule, Berufsausbildung und Kultur im Jahre 1969 Lire 4.154.606.296

oder 24,7% des gesamten Landeshaushaltes, davon Lire 1.868.318.630 für die Schule, Lire 2.058.065.600 für die berufliche Ausbildung und Lire 198.222.068 für die Kultur. An Stipendien für Schüler und Studenten wurden Lire 130.000.000 ausgegeben. Durch das Land und das Südtiroler Kulturinstitut wurden im Jahr 1969/70 614 Hochschüler für einen Gesamtbetrag von Lire 167.616.000 unterstützt. Ferner stimmt es nicht mehr, daß die Südtiroler meist bäuerlich sind. Im Jahre 1968 waren 26,8% der Erwerbstätigen des Landes in der Landwirtschaft beschäftigt. Auf die Gesamtbevölkerung ausgedehnt, macht das ungefähr 110.000 Einwohner, also rund 40% der deutschen Bevölkerung.

Außerdem ist bei der gegenwärtigen Verkehrsmitteldichte ein guter Teil der in der Talsohle der Haupttäler lebenden landwirtschaftlichen Bevölkerung der Stadtbevölkerung ziemlich gleichgestellt. Es mag durchaus sein, daß ungefähr 40 bis 50 je 100 Maturanten (etwas über 500 insgesamt gegenwärtig) der deutschen und ladinischen Schulen in die Hochschulen übertraten, was nahe an österreichische Verhältnisse herankommt.

Aus dem Angeführten kann man schließen, daß der Grund der gegenüber der italienischen Bevölkerung noch immer kleineren Südtiroler Maturanzahl, von der Bildungsfreudigkeit abgesehen, am Mangel an höheren Mittelschulen liegt (Sterzing, Meran, Überetsch; Landwirtschafts-, Sprachen-, Fremdenverkehrshochschule z.B.), dieser wiederum am Mangel an ausgebildeten Lehrkräften. Was man die SVP fragen kann, ist, ob sie wirklich genug unternehme, um aus diesem Teufelskreis bald auszubrechen, und ob sie wirklich dafür sorgt, daß die Bildungsebene der Südtiroler Bevölkerung nicht wegen eines zu geringen Einsatzes noch weiter unter den Durchschnitt fällt. Nur im Falle einer befriedigenden Antwort wäre es gerechtfertigt, Bildungsgelder von außen abzuweisen (man vergleiche auch: „Südtirol — Ein Land der Dummen“ von Hellmuth Ladurner, SKOLAST Nr. 3/1970; „Bildungsplanung und Lehrbedarf“ von Dr. Rainer Seberich, SKOLAST-Sondernummer „Hochschule in Südtirol — für Südtirol?“).

4. Bezüglich der Lehrerfrage wurde bedauert, daß in Italien das Doktorat für die untere Mittelschule notwendig ist. Es ist kaum anzunehmen, daß man die entsprechende Gesetzgebung deshalb abändert, damit eine Südtiroler Hochschulgründung weniger dringend wird.

5. Es wurde ferner hingewiesen, daß man heute die allgemeine Entwicklung auf dem Hochschulwesen schwer voraussehen könne. Wenn es nun fünf bis zehn Jahre braucht, bis eine heute beschlossene Hochschule den Lehrbetrieb aufnehmen kann, so heißt das, daß eine späterer Beschluß die Inbetriebnahme um dieselbe Zeit hinausschiebt. Die angegebene Mindestzeitspanne erscheint dagegen genügend lang, um die angehende Universitätsreform voll in Betracht ziehen zu können. In Zukunft ist nach allgemeiner Voraussetzung mit einem viel größeren Bildungsanspruch zu rechnen.

6. Es wurde vorgeworfen, daß man die Mittel, die der allfällige Hochschulort beizusteuern haben würde, weitgehend unberücksichtigt gelassen habe. Nun gibt es Städte, und Brixen gehört dazu, die einen Hochschulbetrieb nicht nur als reine Verlustsache ansehen. Eine Hochschule wurde z.B. von berufener Seite zur Belebung des Bozner Fremdenverkehrs vorgeschlagen. Im selben Aufsatz wird aber auch erwähnt, daß der Staat einen guten Teil der Ausgaben, die der Stadt angelastet werden, übernehmen würde. Man nimmt das dort zum Anlaß, gleich zweimal dafür ein Wehgeschrei anzustimmen.



7. Es wurde der italienischen Bevölkerung Südtirols unterschoben, daß sie nur Deutsch lernen möchte, um zu verhindern, daß Südtiroler allzu viele Stellen besetzen können. Man mag sich nun zum Paket-Proporz stellen wie man will, aber es wird sicher nicht schaden, wenn die Italiener, die die ihnen zustehenden öffentlichen Stellen besetzen, auch tatsächlich wenigstens ebenso doppelsprachig wie die Südtiroler wären. Es ist sicher begrüßenswert, wenn die italienische Bevölkerung das eingesehen hat.

8. Herr Amonn machte sich schließlich Sorgen, ob der italienische Staat die für eine Hochschulgründung notwendigen Gelder auch fruchtbringend in Südtirol anlegen würde, und sieht hintergründige politische Anliegen. Nun hat man als Staatsbürger zwar die Pflicht, darüber zu wachen, daß der Staat die Gelder der Allgemeinheit nicht verschleudert, aber der Staat könnte auch der durchaus tragbaren Meinung sein, daß es nicht angeht, wenn unmündig gehaltene Südtiroler in blinde Abhängigkeit vom Ausland geraten, und daß ein anständiger Hochschulbetrieb in Südtirol eine größere Bereicherung für ihn selbst darstellen würde als es durch entsprechende Auslandsstudienbeihilfen zu erreichen wäre. Es steht an den Südtirolern darüber zu wachen, daß auch die anderen Bedingungen tragbar sind.

9. Im Tagblatt der Südtiroler vom 16.3.1971 errechnete Dr. Karl Seebacher, daß bei der Durchführung der italienischen Universitätsreform auf Südtirol im Verhältnis 110 Hochschullehrerstellen kämen. Darauf antwortete Herr Amonn am 30.3.1971, daß Südtirol diese Lehrer gar nicht habe. Man sieht nicht ein, warum deshalb nichts

getan werden sollte, um eine entsprechende Bildungsebene wenigstens in Zukunft zu erreichen

10. Ein richtiges Klage lied auf die Beschränktheit der zukünftig möglicherweise in der Heimat studierenden Südtiroler folge dann. Welche Klage lieder müßte man aber für die Nordtiroler anstimmen, die zu drei Vierteln in Innsbruck studieren? Leider ist von einer kulturellen Überlegenheit der jetzigen Südtiroler Studenten, von denen rund 400 ebenso brav in Innsbruck studieren, nichts zu spüren.

11. In einem nochmaligen statistischen Anflug teilte Herr Walther Amonn bei derselben Gelegenheit mit, daß wenn in Amerika oder Rußland auch drei oder vier Universitäten auf die Bevölkerung der Region Trentino-Südtirol fallen würden, man dort große Universitäten zur Unterbringung der steigenden Anzahl von Studenten anstrebe. Also würde eine Hochschule auf 200.000 Einwohner und auch weniger, wenn man die Großuniversitäten berücksichtigt, dort noch nicht den gesteigerten Bildungsansprüchen genügen. Um auf mitteleuropäische Verhältnisse zurückzukommen, mag man anführen, daß in der Schweiz 4,5 Hochschulen auf 1.000.000 französische Eidgenossen kommen, 10 Hochschulen auf 6.000.000 Schweizer, während es in Österreich 11,5 auf 7.000.000 Einwohner sind. In Italien (Rom, Mailand, Padua) und Deutschland (München) hingegen verlangt man die Entballung der großen Universitäten, die, wenn irgend möglich, von Professoren und Studenten, denen an einem echten Universitätsbetrieb etwas liegt, verlassen worden.

## Tätigkeit in der Universitätsfrage

Emil Stocker

Am 16.4.71 stellten Dr. Jenny, Herr Florineth und Frau De Biasi Canestrini die Stellungnahme der Sozialen Fortschrittspartei Südtirols (SFP) zur Universitätsfrage der Presse vor. Die SFP befürwortet eine Universität in Bozen, die nach dem Sprachgruppenverhältnis wochsdoppelsprachig mit Gleichberechtigung der ausländischen Dozenten sein, durch eine entsprechende Körperschaft des Landes getragen werden und in inneren Verwaltungsangelegenheiten vollständig unabhängig unter Berücksichtigung der Studenten sein soll.

Ferner traf sich am selben Tag der ständige Universitätsausschuß zu seiner zweiten Sitzung. Es wurde das Verhältnis zum Circolo Universitario Cittadino (CUC) erörtert, eine Erklärung des PRI verlesen und schließlich die Mehr- und Minderheitsentschließung der Landesschulkommission eingehend besprochen.

Am 19.4.71 verabschiedete der Parteiausschuß der SVP eine Entschliessung, die vollinhaltlich in den DOLOMITEN vom 20.4.71 abgedruckt wurde. Sie beinhaltet ein vorläufiges Nein zur Universität und befürwortet die Abhaltung von Kursen für Werkstudenten zur Behobung des Lehrermangels an deutschen und ladinischen Schulen, die Ausdehnung der staatlichen Studienbeihilfen auf Studierende im Ausland und die Anerkennung der ausländischen Studientitel.

Die Entschliessung des SVP-Ausschusses wurde vom MULP, von den Jungkommunisten, von der SFP, vom SH-Vorstand, vom CUC und vom „Katholischen Sonntagsblatt“ sowie von mehreren Einzelpersonen mehr oder weniger stark bedauert. An den Schulen Bozens wurden Flugzettel verteilt, die von der Studenten- und Arbeitergruppe „NEUER WEG“, von der SH und vom MULP gemeinsam verfaßt worden waren.

Ab 27./28.4.71 fand in Bozen ein vom Internationalen Presse Institut, Zürich, veranstaltetes Treffen zwischen Vertretern der italienischen,

österreichischen und Südtiroler Presse statt. Dabei stand die Universitätsfrage auf der Tagesordnung. Der von Landeshauptmann Dr. Magnago und Assessor Dr. Zelger (der die amtliche SH als „nicht repräsentativ“ abtat) dargelegte Standpunkt wurde besonders von den österreichischen Vertretern schwer beanstandet. Außer in der Landespresse erschienen Aufsätze in: CORRIERE DELLA SERA, Mailand; DIE PRESSE, Wien; IL GAZZETTINO, Venedig; IL GIORNO, Mailand; KURIER, Wien; LA STAMPA, Turin; alle vom 29.4.71; ferner in: SALZBURGER NACHRICHTEN vom 24./25.4. - 4.5.71; KLEINE ZEITUNG, Graz vom 4.5. - 6.5.71 und ARBEITER ZEITUNG, Wien vom 30.4.71.

Am 7.5.71 fand die schon einmal vertagte Sitzung der Landeschulkommission statt, die sich mit der Trägerschaft der vorgesehenen Werkstudentenkurse befaßte. Es wurde beschlossen, auf der Grundlage einer politischen Entscheidung, die die Parteileitung der SVP treffen soll, weiterzuarbeiten. Bei dieser Gelegenheit sprach sich der anwesende Vertreter der SH, Dr. Peter Schwiabacher, grundsätzlich für eine Zusammenarbeit der Universitäten Innsbruck und Padua aus, vorausgesetzt, daß die geplanten Kurse für alle offen seien, daß sie doppelsprachig unter Mitberücksichtigung der bestehenden MULP-Kurse aufgezogen würden, daß die SH bei der Trägerschaft mitberücksichtigt werde und daß die Studenten dieser Kurse später ein Mitspracherecht erhalten sollten.

Die SH hat durch die Kollegen Christian Alton und Emil Stocker Besprechungen in der gerade erwähnten Sache geführt, so im besonderen am 6.5.71 mit dem Prorektor der Universität Padua und am 12.5.71 mit dem Rektor und dem Prorektor der Universität Innsbruck.

Am 17.5.71 erschien in der TIROLEER TAGESZEITUNG ein Vorschlag, wonach die Universität Innsbruck als Landesuniversität Kurse in italienischer Sprache im Austausch mit Padua abhalten solle.

## Zur Wiederaufnahme der österreichisch-italienischen Studientitelverhandlungen

Dr. Otto Saurer

Am 23. April 1956 hatten die österreichische und die italienische Delegation auf der dritten Tagung der gemischten Expertenkommission „übereinstimmend festgestellt, daß das Problem der Anerkennung der Gleichwertigkeit der akademischen Grade gelöst ist“ und daß „bezüglich kleinerer Fragen sich die beiden Delegationen auf bestmögliche Weise bemühen werden, eine Lösung im Wege der normalen diplomatischen Beziehungen herbeizuführen“. Die österreichische Delegation gab zudem „ihrer Genugtuung über die erreichten Vereinbarungen bezüglich Punkt 3) lit. b des Pariser-Vertrages Ausdruck, die dem Geiste dieses Abkommens entsprechen“ (BGBl. Nr. 22/1957).

Wenn auch der Hauptzweck des genannten Artikels des Pariser-Abkommens „in der Schaffung der Möglichkeit gelegen war“, daß die Südtiroler ihre „Hochschulstudien in der Muttersprache betreiben“ können, so hatte Italien immer „auf der wörtlichen Interpretation beharrt und in einer Anerkennung von Studientiteln nur die mögliche Ausführung einer globalen Vereinbarung über kulturellen Austausch gesichert. Die Grundlage hierfür war im Italienisch-österreichischen Kulturabkommen vom 14. März 1952 geschaffen worden“ (BGBl. Nr. 270/1954) (Herbert Miehsler, Das Gruber-Degasperi-Abkommen und seine Auslegung, in „Südtirol eine Frage des europäischen Gewissens“, S. 423). Man hat guten Grund anzunehmen, daß bei der Wiederaufnahme der Studientitelverhandlungen im Dezember des vergangenen Jahres ein Modus gefunden worden ist, der wie bei den Paketverhandlungen die Wahrung der gegenseitigen Rechtsstandpunkte gewährleistet. Die Südtiroler Volkspartei hat in ihrer Resolution zur Hochschulfrage in Südtirol aber unmißverständlich klargestellt, daß für sie der Pariser-Vortrag die eigentliche Grundlage für die Wiederaufnahme der Studientitelverhandlungen bildet („Der Parteiausschuß weist mit Nachdruck auf den Pariser-Vertrag vom Jahre 1956 hin, der die gegenseitige Anerkennung von Hochschultiteln und Hochschuldiplomen zwischen Italien und Österreich vorsieht und damit die Ausbildung der akademischen Jugend Südtirols in ihrer Muttersprache ermöglicht. Der Pariser-Vertrag und das aus ihm resultierende Studientitelabkommen zwischen Italien und Österreich aus dem Jahre 1956 stellen einen Eckpfeiler in der Kulturpolitik der Südtiroler Volksgruppe dar. Dabei muß aber festgestellt werden, daß die italienische Regierung den einschlägigen Bestimmungen des Pariser-Vortrages im Zusammenhang mit den neuen Erfordernissen noch nicht angemessen Rechnung getragen hat“).

Nach einer Pause von sieben Jahren hat darum die österreichische Regierung die im Art. 16 des Übereinkommens zwischen der Republik Österreich und der italienischen Republik zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eingesetzte Gemischte Kommission vom 15.-18. Dezember des vergangenen Jahres zu ihrer 5. Tagung nach Wien einberufen. Neben einer Reihe

anderer Fragen kam auch die Hochschulreform und im Zusammenhang damit die Studientitelfrage zur Sprache. Seit 1956 bzw. 1963 waren nämlich grundlegende Änderungen vor allem in der österreichischen Hochschulgesetzgebung vorgenommen worden. Das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz vom 26.8.1966 (BGBl. Nr. 177/1966) hatte die Zweiteilung der akademischen Grade für alle Studienrichtungen eingeführt. Der Erlaß der einzelnen Studienordnungen stellt deshalb ein zukünftiges Studium von Südtirolern in Österreich in Frage, wenn es nicht gelingt, zwischen Italien und Österreich ein für die Studenten tragbares Übereinkommen hinsichtlich der Anerkennung der neugeschaffenen Titel zu finden. Es ist verständlich, daß die italienische Delegation in einem Zeitpunkt, da das längst fällige italienische Hochschulorganisationsgesetz in der zuständigen Kommission des Senats zur Behandlung stand, sich schwer tat, die vorgeschlagene Gleichstellung zwischen dem österreichischen Magistertitel und der italienischen Laurea ohne weiteres zu akzeptieren. Es wurde deshalb eine Expertenkommission eingesetzt, die vom 15.-18. März 1971 in Rom zusammentrat. In nächster Zeit kann eine provisorische Lösung praktischer Natur erwartet werden, die die italienische Hochschulreform in keiner Weise präjudiziert. Im Falle der technischen Studienrichtungen (Technik, Montanwissenschaften, Bodenkultur) ist das Gespräch einfacher, weil die Zweiteilung der Grade bereits 1956 bestand. Im Bereich der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen als auch der geistes- und naturwissenschaftlichen Studienrichtungen müssen grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden, die eines Gutachtens des Obersten Schulrates (Consiglio Superiore) bedürfen. Die wohlwollende Haltung von Seiten der italienischen Regierung ist wohl Voraussetzung für einen weiteren positiven Verlauf der Verhandlungen. Was die letzteren zwei Studienrichtungen anlangt, wird es auch notwendig sein, die Frage der Anerkennung in Form von Absprachen zwischen italienischen und österreichischen Universitäten interimistisch zu regeln. Einen Anhaltspunkt dafür könnte die Einsetzung eines Koordinierungsgremiums zwischen Vertretern der Universität Padua und Innsbruck und den politischen Vertretern der Volksgruppen bilden, die von der Landesschulkommission in einer Entschließung am 18.3.1971 vorgeschlagen worden ist. Eine endgültige Regelung müßte das Studientitelproblem im Rahmen des unter Punkt 18) des Operationskalenders vorgesehenen österreichisch-italienischen „Vertrages betreffend die freundschaftliche Zusammenarbeit“ finden. Man wird nicht fehlgehen, wenn man sagt, daß auf dieses Übereinkommen die Erwartungen aller europäisch denkenden Italiener, Österreicher und Südtiroler gerichtet sind. Weiters wäre zu hoffen, daß die Maßnahmen Nr. 123 und Nr. 137, Art. 2 des Pakets in einer Weise vorwirksam würden, daß auch die Anerkennung einer Reihe von nichtakademischen Titeln vollzogen werden kann, die in Südtirol mangels deutscher Schulen nicht erworben werden können.

## I Ladins y le Sinòd

Jakob Ploner

„Ara se trata d'on renovament d'la diocèsa tal spìrito dal Conzil Vatican II<sup>o</sup>“, ensciò le vesco à spighé l'entenziun dal sinòd. Cì che le conzil à proclamé sora la dljia, la liturgia ec., messarà dunca gni realisé te vigne còra de nosta diocèsa.

Òna d'les pròmes còsses che i Ladins s'aspeta dal sinòd è, che le lingaz ladin vegnes reconosciù desco lingaz de dljia. Tra d'òtes les rospostes che le vesco à ciaté da pert ladina sòn s'òa letra pastorala dal 1969 n'edl òna — sotescrita da 406 porsones d'la Val Badia — co se iora m'òa còsta còssa: ch'al vegnes conzedù le ladin te dljia. Y trespes d'atres chertes porta le medemo aodagn.

Le Conzil Vatican II<sup>o</sup> nes à ensigné tiermonter che da òna na pert la dljia locala è la manifestaziun y realizaziun dal dljia universal (LG nr. 26) y che dal' atra pert la liturgia è la colma y la fontana d'la vita d'la dljia (SC nr. 10). Y sce le medemo conzil i dà tan na gran emportanza a la parora de Dio (DV pass.) y a la partecipaziun dal popul a la liturgia (SC nr. 14), spo desmostrel con còsc le medemo festide por le ben dai cristiagn sot al moto: sacramenta propter homines. Belo d'òna le conzil àn odù ete che por arjunie na renovaziun d'la vita d'la dljia bojùgna adoré pa les funziuns en lingaz che la jont capesc y baia, che la liturgia è essenzialmonter dialóg.

Co le conzil i Ladins è roès te na situaziun plü co ater strambia. Deperpo che i atri paìsc dal monn pò tignì d'òtes les funziuns de dljia te so lingaz d'la oma, à i Ladins mossù baraté ete le latin s'òna d'les d'òes lenghes frostires: talian o todesch. Da valgügn agn se proai incé oì da fa avareì sù dorc y sù diric en còsc cajo. Al è desmostré che d'òna les pròmes veres le lingaz ladin gnca adoré te dljia deplü co aldedancò: empròmadedòt t'la pordica, mo ince te ciances y oraziuns y bonamonter ince de plü t'ora de religium y t'les dotrines. La situaziun y la politiga dai agn danter les veres à mené embroda còsta tradiziun.

D'òna la costituziun sora la liturgia (SC) dal' ultimo conzil (Nr. 22) y d'òna la I<sup>o</sup> Instructio porsora còsta costituziun (dal 1964, nr. 20 ss) à m'òa l'autoritè d'la dljia la rajun da regolé la liturgia. La adataziun de còsta „liturgia generala“ ai bojùgns dai deversci paìsc ti è sorandada a les conferenzes dai veschi. Le vesco à la faculté da regolé la liturgia te s'òa diocèsa, mo al mess se tignì empròmadedòt a la costituziun enstessa y spo ai decrec d'la S. Sede y d'la conferenza dai veschi, de chera ch'al fòsc pert (I<sup>o</sup> Instr. nr. 22).

Ince sce le conzil dà pro che la lenga volgara vegnes adorada con maiù mosòra te dljia, sce scriel empò ciamò dant le latin. La rajun da fa fora sce y co che ara dess gni adorada i speta a les conferenzes dai veschi; les dezijiuns de còstes mess gni constatades (no aproades!) d'la S. Sede, desco ince les tradüziuns dai tesc che ares à aproé (SC nr. 36; I<sup>o</sup> Instr. nr. 30).

Endertant les còsses s'ò müdades tresp: le latin è gnü lascé dena p'ert daldòt. Trec veschi — dandadòt t'les misciuns, mo ince t'la Europa — s'anüza la potesté che le conzil i à reconosciù a vignòn ded ei (LG nr. 27: „potestas ordinaria propria“), sc'ai è samben ince tignis a les normes generales. I Grijuns d'jea belo püch d'ò le conzil — de iure? — d'òta la messa te so lingaz (c'in dialcci), ince sce le messal n'ea d'ò nia ciamò tradüt entier y aproé. I Furlagn tignia d'òna da' n ann s'òa pròma „Gran Messa“ por Furlan ad Aquilea. Y i Ladins d'les Dolomites? Por le Dé Culturàl Ladin à dal 1963 enssò dagnora (tut fora ch'el dal 69) d'òna d'ò la lizonza da podei zelebré na „messa ladina“. Duì iadi l'ài ciáfada dal ordinariat de Tront (Gherdena ea laòta sot a Tront) y òn en iade dal Card. Lercaro, president d'la Pontificia Comisciun Liturgica. Porsenù n'è mai ciamò conzedù. I motivs che nosc vesco à por s'òa posiziun è, ch'al n'è ciamò degüna tradüziun autorisada d'la Sacra Scritòra (gnanca t'les perts dal lezionâr) y degüna d'ordinâr d'la S. Messa“. Dades pro por ladin è desco denant: la pordica, oraziuns plü comunes y ciances. Al pò dunca che la dificolté ne stais nia tai lingaz por se 'netess, mo tal fat che al n'è ciamò degüna tradüziun dai libri da messa, co sides azeteda y capida da düc i Ladins d'les Dolomites. Na tara messass, desch'i àn odù, gni aproada d'la conferenza dai veschi (te còsc cajo Tront, Balsan-Porsenù y Belluno?) y constatada da Roma.

Mo de facto la dificolté sta empò tal lingaz. Sc'al ò ester na tradüziun autorisada, ch'è pa boggn de la fa, che ara vales por vigne paìsc y dialet ladin? Y sc'ara gnesc fata, ne gnescol nia fora en ladin co i sonass rio a düc y che trec ne capiss gnanca? Che bonamonter jessel de bojùgn da cherié trespes parores noos, sides por la Sacra Scritòra, sides por l'ordinâr d'la messa y le sacramentâr.

D'òna p'ert messunsé ince di (y ince Porsenù vega ete còsc), che la renovaziun de nostes còres y dandadòt la partecipaziun atia d'la jont a la liturgia n'è nia garantida te nostes valades, sc'al ven

dagnora adoré en lingaz frostî te dlîjia. An mess s'otignê dui iadi, che i Ladins ne se iera nîa y ne n'ô nîa ch'al vognes mâ plû adoré le ladin te dlîjia. Ai ô mât avei ince le ladin te dlîjia: te dôtes les parts dla liturgia. Chel ô dit: 1) Messa ladina por i scolari (gnanca dagnora!); por festes de familia: prôma comegnun, noza, sopoltôra . . .; por festes dal paîsc: patrozin, sogra, domegnes, olâ ch'al n'ê degûgn forosti . . .; por festes dal decanat, ec. 2) L'amînistraziun dai sacrament tal ladin: le bato, la comegnun (ai pûri), la confesciun y l'ore sant.

Al è da capî che en chel moment che te proo baia en lingaz frostî pa na familia ladina, spo èl etra en gran fossé danter les dôes pêrts (p. ej. pa na messa de familia). O dosche zocai dijea: „Sce Chel Bel Dio capesc mi picês por ladin, spo sâl pa ben ince da me pordené por ladin.” Le prôm motîv che i Ladins à da so ieré so lingaz d'a oma tîa liturgia è dunca en motîv pastorâl, y ai à capî bun lo conzil, messon di. Por secunda à! ince le dert y la rajun sôn sôa pert: sacramenta propter homines! Dôta l'economia dia salveza deomstra che i segns y les parces dîes funziuns sacros è adatades a la jont, a moda che ara capescos la realté co sta leite, y no che la jont messes s'adaté ad eres cf. SC nr. 21). Spo chel ne sarâl nîno degûgn co ois neghé, che la liturgia dess nudrî y trasformé la vita da vigne dé, che al ne pò nîa ester na fossa danter etc. La desvalianza dal lingaz despartosc cotan les dôes côsses. Na oma dijea eniade: „I no m'anfidî nîa plû aldedancô da anoni mi mituns te côsses de religîun, che por ladin ne sâi nîa co di, spo por talian mo coionai mâ!”

I stun dunca dant a 'n dilema: en lingaz ladin de dlîjia va de bo-jûgn, mo al ne ven nîa conzedû, cîna ch'al n'ê nîa na verjiun autorizada — almanco dal messâl — y aproada. La soluziun de côsc problem s'aspeta i Ladins dal sinôd:

1) Lo ladin dess gnî reconosciû ofizialmonter desco lingaz de dlîjia. Chel ô di dôes côsses: che ai pois gnî adoré le ladin pa dôtes les funziuns (no dagnora, mo can che la pastorâl sal iera!) y che la jont à rajun y dirît da se ieré dal proo les funziuns por ladin.

2) Al dess gnî fistidié por tesc dla liturgia ladins. — Al sarâ da odei, sce al messa emprôma gnî fat na verjiun de dôt le messâl

o de dôta la Sacra Scritôra, o sce al ven tut ca messos motives y aproades damproia. Magari podesson ponsé a na comisciun autorizada por côsc laûr. Còsta toless samben ince la faculté da fa esperimono tiò y 'nlò. Al è saurî da odei etc, che ara ne jess nîa bun, so'al gness fat te vigne còra de nostes valades atramonter. Porchei ô! ester na comisciun co garantescos valgamia la unité (nîa la uniformité!).

A côsc punt siel ciamó recordé che le ladin è reconosciû te scora desco „lingaz d'ensegnamont”, che le ladin è ste reconosciû desco lingaz da deplû universitês y dal President dal Stat On. G. Saragat (dcret dal 1.3.1966 nr. 156 art. 73). Y ara ne va nîa de bo-jûgn da recordé che la maiù pêrt dîes families dia Val Badia, de manco te Gherdena, baia tîa vita da vignedé mât iadîn y che lo talian o todesch no ven nîa capî saurî da dîc.

Al sinôd les côsses pô! co vals bun. Le salût dai Ladins che Dr. Vittur i à porté por ladin al'assemblea dal sinôd è ste coû sô con gran plajef. Y ince la proposta dai Ladins por via dal lingaz è gnûda tuta sô y portata a protocol. Mo fina che le sinôd è roé y che la „messa ladina” è aproada dôrarara dîo. Spo èl pa ciamó da odei co che i ploans de nostes còres s'astela. Aldedancô trec è de cuntra. Al foss gran ora da laoré deplû sô les côsses co è dados pro, desco oraziuns y ciances, pordîchos y dotrines ladines: le maester F. Dapoz à componû en bol „Ordinarium por la messa” y laprò „Risponsors ladins” (cf. „Fanes” 1969, ULVB), co è mâ gnûs ciantês en iado, tan che iu sa, y valgûnes d'atres ciances de dlîjia. En liber de religîun („Dî con nos”) por i scolari dîes prômes dôes classes gnarâ prêsc stampé. Da ennominé è inco la picia „Storia Sacra” de Siur U. Pizzinini (A. Weger, Porsenû 1967). Te vâl pûces còres dla Val Badia poi ince di de na sogûda che le ploan enstess s'â motû adôm scric ladins por l'ora de religîun y scrit on test ladin pa valgûnes meloides conosciûdes.

An pò avei speranza che le sinôd ti vals ad encontra ai Ladins y ch'al sides spo ince jont co se lascia aficé tal laûr de renovaziun dia dlîjia locala. Y chel sides ciamó en iade dit, che lo conzil n'ô nîa ch'an se tignes stont ai paragrafs de sù documonc, mo emprô-madedôt al spîrito de renovaziun (cf. GeS nr. 91; 1<sup>a</sup> Instr. nr. 22).

## Faschismus in Südtirol und anderswo

Ein Aufsatz von Florian Fiedler, 2. Teil

### Unterentwickelte und unentwickelte Länder

Um die Stellung Südtirols im Weltssystem des Monopolkapitalismus richtig zu verstehen, wird es nicht genügen, Erklärungen auf Südtirol zu übertragen, die auf unterentwickelte Länder passen, mit denen Südtirol tatsächlich einige Ähnlichkeiten hat, von denen es sich jedoch auch in wesentlichen Punkten unterscheidet. Genauso wird der Versuch scheitern, Südtirol als Land darzustellen, das jetzt gerade eine Stufe der kapitalistischen Entwicklung durchmacht, die industrialisierte Länder eben schon hinter sich haben. Das würde nämlich verschweigen, daß für ein heute noch nicht entwickeltes Land eine freie Entwicklung gar nicht mehr möglich ist. Der Monopolkapitalismus übt von seinen Metropolen in Norditalien und Süddeutschland einen so großen Einfluß auf die Entwicklung Südtirols aus, daß sie frei sich nicht entfalten kann.

Die unterentwickelten Länder sind in ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den industrialisierten Ländern, den Metropolen, bestimmt von der Ausbeutung, die diese hauptsächlich am natürlichen Reichtum des unterentwickelten Landes betreiben. Bodenschätze werden von ausländischen Unternehmen abgebaut, die Technologie, die dazu benötigt wird, kommt aus der Metropole, das unterentwickelte Land stellt lediglich die Arbeitskräfte, die umso billiger, je weniger ausgebildet sie sind. Eine eigenständige Entwicklung, zum Beispiel die Schaffung einer eigenen Technologie, die einheimischen Unternehmen die Möglichkeit geben würde, den natürlichen Reichtum des Landes selbst zu nutzen, ist von den Metropolen nicht erwünscht und wird im Keim erstickt. Die Leichtigkeit, mit der diese Unterdrückung durchzuführen ist, wird verständlich, wenn man bedenkt, wieviel mehr Macht ein monopolkapitalistisch organisiertes Land einem unterentwickelten gegenüber hat. So ist eine Entwicklung des Landes nur möglich, wenn die Metropole einverstanden ist. Dieses Einverständnis jedoch kann nur erzielt werden, wenn die Entwicklung größeren Profit für die Metropole verpricht. Auch fehlt dem unterentwickelten Land das notwendige Kapital für eine autonome Entwicklung. Denn im kapitalistischen System ist Autonomie nur möglich als Autonomie des Kapitals. Und die Anhäufung von Kapital, die Selbständigkeit im Kapitalismus erst ermöglicht, vollzieht sich in diesem Verhältnis der Ausbeutung nur in der Metropole. Die Verarbeitung des Reichtums des unterentwickelten Landes wird mit Hilfe einheimischer Arbeitskräfte vollzogen, die ihre Arbeitskraft und somit ihre Selbstverwirklichung der Metropole verkauft haben. Auf dem Markt jedoch erzielt der Monopolkapitalist, der sich die im unterentwickelten Land gesellschaftlich produzierten Güter privat angeeignet hat, den Mehrwert, der die Akkumulation des Kapitals erst ermöglicht. So trägt das unterentwickelte Land dazu bei, daß sich die Metropole noch mehr bereichert und durch ihre wirtschaftliche Macht die Ausbeutung immer raffinierter betreiben kann.

Demgegenüber gibt es Länder, die sehr wohl eine eigenständige Entwicklung mitgemacht haben, aber auf einer bestimmten Stufe stecken geblieben sind. Meistens sind das Länder, die nicht imstande waren, eine eigene Technologie zu entwickeln, die ihnen in der Akkumulation des Kapitals einen Vorsprung den anderen Ländern gegenüber hätte geben können. So sind sie von den anderen überholt worden und geraten nun unter ihre Herrschaft. Die entwickelteren Länder sind kapitalkräftiger und somit im Konkurrenzkampf in der Lage, die Entwicklung des anderen zu beeinflussen. Diese unentwickelten Länder hängen also auch von den Metropolen ab, wenn auch in einem anderen Verhältnis als die unterentwickelten.

Durch die kapitalistische Entwicklung, welche die unentwickelten Länder bis zu einer bestimmten Stufe durchgemacht haben, hat sich in diesen Ländern eine herrschende Klasse herausgebildet. Sie hat die Macht im Innern des Landes in der Hand und versucht

nun alles, eine Änderung der ökonomischen Verhältnisse zu verhindern. Einerseits dadurch, daß sie die verpaßte kapitalistische Entwicklung nachzuholen versucht. Industrialisierung soll nun auch ihr die Möglichkeit geben, Kapital in großem Maße anzusammeln. Andererseits ist zur Industrialisierung bereits ein Maß von Kapital nötig, das von der einheimischen bürgerlichen Klasse kaum aufzubringen ist. Somit birgt die Industrialisierung eine noch größere Unterwerfung unter die monopolkapitalistische Metropole in sich. Man ist dem Monopolkapitalismus ausgeliefert. Im Innern des Landes beruht die Herrschaft der bürgerlichen Klasse auch wieder auf der Ausbeutung der Unterprivilegierten. Und immer mehr werden auch diese zur Gefahr. Durch die Industrialisierung erstarkt das Proletariat und wird zum Träger der sozialistischen Alternative. Um revolutionäres Bewußtsein von vornherein zu unterbinden, setzt verschleiernde Manipulation ein, die soziale Ruhe durch Meinungsterror gewährleisten soll. Die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft bleiben jedoch bestehen und mit ihnen die Notwendigkeit, sie im Sozialismus aufzuheben. So ist die Arbeiterbewegung eine ständige Gefahr, die spätestens dann den Kapitalismus überwinden wird, wenn dieser in Zeiten der Krise den verschleiern den Wohlstand nicht mehr gewährleisten kann und die revolutionäre Beseitigung der Ausbeutung zu einer Überlebensfrage der Arbeiter wird.

So hat man im Innern gegen die Arbeiterbewegung zu kämpfen, nach außen muß man sich gegen den Monopolkapitalismus verteidigen. Die klassischen Bedingungen des Faschismus sind gegeben. Da der Mittelstand seine Herrschaft selbst im Kapitalismus verankert hat, kann er sich gegen die kapitalistischen Widersprüche nicht stellen. Er kann nicht gemeinsam mit der Arbeiterklasse die radikale Änderung der ökonomischen Verhältnisse anstreben. Das würde ihn selbst seiner Privilegien berauben. Andererseits jedoch ist er auch bedroht von der letzten Konsequenz des Kapitalismus, von den Monopolen. Also stellt er sich gegen die Folge eines Prinzips, auf dem seine eigene Herrschaft beruht. Diese Widersprüchlichkeit ist nur faschistisch zu verdecken: mit Gewalt, sei sie nun material oder verfeinert, müssen widersprüchliche Verhältnisse aufrechterhalten werden. Doch das, wogegen man sich stellt, ist stärker als der verzweifelte Versuch, Widersprüche nur in ihrer Wirkung zu bekämpfen: der Faschismus gerät selbst in den Bann des Monopolkapitals. Nicht mehr im klassischen Sinn, wenn auch nicht weniger fatal: nicht mehr in Form brutaler Unterdrückung, in Krieg und Krisen im Namen des Profits, sondern in verfeinerter Herrschaft, in eindimensionaler Information, einseitiger Politik, repressiver Moral im Namen der Erhaltung der kapitalistischen Ordnung, deren letzte Entfaltung eben der Monopolkapitalismus ist.

### Herrschende und Beherrschte

Das Verhältnis zwischen unentwickeltem Land und Metropole prägt auch die soziale Struktur Südtirols. Zwei Klassen bestimmen, wie in jedem nach bürgerlichen Produktionsverhältnissen organisierten Land die gesellschaftliche Entwicklung; die herrschende bürgerliche Klasse und die beherrschte Arbeiterklasse. Dazwischen steht in Südtirol ein dritter Stand, die Bauern. Seine Existenz ist mit der kapitalistischen Entwicklung nur insofern unmittelbar verbunden, als auch in der Landwirtschaft sich die kapitalistische Produktionsweise durchsetzt und der Bauer in eine Position gezwungen wird, die den Rückschritt zu feudalen Verhältnissen in sich enthält.

Zwischen diesen Klassen spielt sich der Kampf ab, der die Bewegung zur Befreiung der ausgebeuteten Klasse und mit dieser zur Befreiung des Menschen schlechthin. Faschismus jedoch soll gerade diese Bewegung unterbinden.

Der frühen Stufe der kapitalistischen Entwicklung entsprechend,

auf der Südtirol stehen geblieben ist, setzt sich die herrschende Klasse hauptsächlich aus der Bourgeoisie des Handels zusammen. Aus ihrer Vermittlerfunktion zwischen dem produzierenden Großkapital und Südtirol als konsumierendem Land erzielen sie ursprünglich ihren Profit. Eigene Produktion hat sich in geringem Maße entwickelt. In Südtirol produzierte landwirtschaftliche Güter werden durch den Handel an die Metropole weitervermittelt. Großgrundbesitz wird meist erst durch Profite möglich, die im Handel erreicht werden, sofern er nicht überhaupt aus feudalen Verhältnissen sich erhalten hat. Die Kaufleute sind in Südtirol in einen Abwehrkampf gegen die Konkurrenz des Großkapitals verwickelt, der nur gemeinsam gemastert werden kann. Im Namen des Profits konstituiert sich bürgerliche Solidarität; um die Konkurrenz nicht tödlich werden zu lassen, hält man die Preise einvernehmlich hoch, sodaß die Profite nicht zu knapp werden. Mit politischen Mitteln bekämpft man den unmittelbaren Einfluß des Monopolkapitals und tendiert in eigener Entwicklung zur Konzentration. Zu stark aber ist die Stellung des Monopolkapitals, als daß die Position der kleineren Kaufleute nicht ständig bedroht wäre. Am ehesten durchsetzen werden sich jene, die selbst eine Art Monopol schaffen. Die Bemühungen der anderen, sich gegen die monopolistischen Folgen des Kapitalismus zu behaupten, bestimmen wesentlich das politische Geschehen in Südtirol.

Durch ihre besondere Stellung im Produktionsprozeß gewinnen die Bauern in Südtirol zunehmend an politischer Bedeutung. Die einseitige Festlegung Südtirols auf die landwirtschaftliche Produktion hat das Land in ein offenes Abhängigkeitsverhältnis zum ausländischen Markt gebracht. Um dort konkurrenzfähig zu bleiben oder wieder zu werden, ist eine streng durchgeführte Rationalisierung der Produktion notwendig. Das heißt, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter durch Maschinen ersetzt werden müssen, die wiederum nur dort sich leisten kann, der ein genügend großes Anbaugesbiet, oder in der Viehzucht der, der eine genügend große Anzahl von Tieren besitzt. Also der reiche Bauer. Der Konkurrenzkampf geht von unten nach oben; zuerst wird das Bergbauernum unrentabel. Es hatte bisher die schwerste Arbeit zu leisten und zog auf dem Markt trotzdem immer schon den Nachteil davon. Die Entwicklung bestätigt die Unwahrheit der Aussagen derer, die um der Wahlstimmen der Bergbauern zuliebe heute noch daran glauben, daß Südtirol die monopolkapitalistische Entwicklung aufhalten könne. Die EWG-Pläne für die Landwirtschaft lassen erkennen, daß der Trend zur Auflösung bei den Bergbauern nicht stehen bleiben wird: mit dem Fortschreiten der kapitalistischen Entwicklung werden immer größere Betriebe unrentabel, bis sich das Monopol auch in der Landwirtschaft durchgesetzt haben wird.

Eine besondere Stellung kommt in diesem Rahmen den relativ reichen Obst- und Weinbauern des Etschtales zu. Durch die extreme Abhängigkeit vom ausländischen Markt werden sie immer mehr mit dem Handel verbunden. Das gemeinsame Schicksal bindet die Bauern an die Handeltreibenden und entfremdet sie so der Arbeiterklasse. Vollendet wird diese Verknüpfung im Genossenschaftswesen, das gerade hier gut entwickelt ist. Hier übernehmen die Bauern selbst den Absatz ihrer Güter und sind noch unmittelbarer den Tauschgesetzen ausgeliefert. Doch selbst wenn das Genossenschaftswesen auf den Anbau ausgedehnt wird, was durch gemeinschaftliche Rebauung mit gemeinsam finanzierten Maschinen und Zusammenlegung von Grundstücken erhebliche Rationalisierung mit sich brächte, wird die Entwicklung in Richtung Monopol nicht aufzuhalten sein. Immer größere Massen von Bauern werden zu Lohnarbeitern der Industrie werden. Um diesen Übergang vom Stand der selbstständigen Bauern in die Klasse der Lohnarbeiter ohne Gefahr für den Kapitalismus in Südtirol zu gewährleisten, wird der Eingliederungsprozeß schon jetzt geplant. Er wird sogar planmäßig dahin betrieben, daß den Bauern der Weg in die Abhängigkeit noch als Aufstieg erscheinen muß. Im Vergleich zu der mit Absicht unzureichend gehaltenen Sozialgesetzgebung für die Bauern erscheint die soziale Situation der Arbeiter noch ausgezeichnet. Außerdem bleibt den Bauern die Aussicht auf Nebenverdienst in der freizeitlich betriebenen Landwirtschaft. So wird der Bauer in die Arbeiterklasse eingegliedert als einer, der mit dem Privileg selbständiger Vergangenheit jetzt auch noch die Möglichkeit erhält, soziale Einrichtungen zu genießen, die bisher den direkt Ausgebeuteten vorbehalten waren. Die einseitige Verbindung mit dem Handel hat sich in Form einer bestimmten Unterschiedenheit von den „gewöhnli-

chen“ Arbeitern erhalten und die Gefahr einer Solidarisierung mit den Arbeitern in Form eines gemeinsamen Kampfes gegen das kapitalistische System, dessen Opfer sie gemeinsam sind, scheint gebannt zu sein. Die Aussicht auf Verständigung erscheint umso geringer, als das Angebot an Arbeitskräften durch den Zustrom aus der Landwirtschaft vergrößert und die Konkurrenz unter den Arbeitern verschärft wird. Anstatt sich nach außen gegen das System zu richten, droht der Kampf sich nach innen als Kampf der Ausgebeuteten gegeneinander zu entfalten. So wird sich die Eingliederung für den Kapitalismus reibungslos vollziehen.

Die Arbeiterklasse Südtirols ist der Ausbeutung auf zwei Weisen ausgeliefert: Südtiroler Arbeiter produzieren Mehrwert in den Metropolen, (Bundesrepublik, Schweiz, Norditalien). Als Fremdarbeiter sind sie zur Ware auf dem internationalen Arbeitsmarkt geworden. Sie tragen dazu bei, daß die Produktion des Mehrwerts in den Ländern des entwickelten Kapitalismus immer weitergeht, daß diese Länder ihren Vorsprung zu den unentwickelten Gebieten, aus denen sie die Arbeitskräfte beziehen, noch mehr ausbauen und schließlich verweigern können. Das aber wird dazu führen, daß immer mehr Arbeitskräfte aus unentwickelten Gebieten in die Metropolen ziehen müssen. Das läßt die Aussicht darauf zunichte werden, daß ein unentwickeltes Land jemals sich entwickeln kann. Um Konflikte zu vermeiden, wird dem Arbeiter seine Lage bewußt falsch dargestellt. Die Ausbeutung nimmt angenehme Züge an. „Soziale Einrichtungen“, Krankenversicherung und Altersrente, Urlaub und Tendenz zur verkürzten Arbeitszeit sollen die Ausbeutung nicht bewußt werden lassen. In Zeiten des wirtschaftlichen Wachstums kann der Kapitalismus solche Konzessionen machen, wenn er durch Rationalisierung (Ersetzung der Arbeiter durch Maschinen) und Steigerung der Produktivität (Fließbandarbeit zum Beispiel, eine typische Perversion des schöpferischen Wesens des Menschen) an Profit das wieder herauschlagen kann, was er dem Arbeiter zugestehen muß. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise jedoch zeigt sich, wie ausgeliefert der Arbeiter dem Kapitalisten ist: die Fremdarbeiter, die zu Hunderttausenden die Bundesrepublik verlassen mußten, als 1967 die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hatte, geben eine Ahnung vom Ausmaß der Katastrophe in wirklichen Krisenzeiten.

Die Ausbeutung geht noch einen zweiten Weg. Ein Teil des in Südtirol von den Arbeitern erzeugten Mehrwerts geht durch direkte Ausbeutung in die Hände der ausländischen Kapitalisten. Die bundesrepublikanischen Unternehmen, die immer stärker in Südtirol entstehen, sind ein Beispiel dafür. Die billigen Arbeitskräfte und vor allem die garantierte soziale Ruhe versprechen den Kapitalisten einen so großen Profit, daß sie in Südtirol Betriebe errichten, die nur der Verarbeitung dienen. Die technischen Anlagen kommen aus der Metropole, die Rohstoffe werden nach Südtirol gebracht, Südtirol stellt nur die Arbeitskräfte zur Ausbeutung. Die produzierten Güter, die den bürgerlichen Prinzipien gemäß privat angeeignet werden, gehen wieder zurück in die Metropole, der Profit fließt in die Tasche der ausländischen Kapitalisten. Die einheimische Bourgeoisie hat sich mit der ausländischen längst verbündet. Als Beispiel sollen die deutschen Textilbetriebe im Pustertal dienen: zum Schutze der einheimischen Herrschenden ist es ihnen untersagt, die von Südtiroler Arbeitern hergestellten Produkte in Südtirol zu verkaufen. Sie werden nach Deutschland geschafft und dort mit großem Profit verkauft, weil die Arbeitskräfte in Südtirol mit einer relativ unraffinierten und deshalb billigen Art der Ausbeutung genutzt werden können.

Die Klassenstruktur Südtirols gibt Aufschluß über die Möglichkeiten eines unentwickelten Landes im Spätkapitalismus. Sie zeigt aber auch, daß gerade diese Randgebiete, die noch nicht reibungslos in das kapitalistische Ausbeutungssystem eingegliedert sind, Konfliktpotential beinhalten. Die Möglichkeit des Konflikts nicht nur im Innern des Landes, sondern auch im Verhältnis Südtirols zu den Metropolen. Die EWG ist nun der Versuch, diesen Konflikten wirtschaftlich vorzubeugen. Südtirol wird die Rolle des landwirtschaftlichen Produzenten zugeschrieben. Das soll darüber hinwegtäuschen, daß die wichtigere Rolle eine andere ist. Für den europäischen Monopolkapitalismus sind die unentwickelten Randgebiete eine Lebensfrage. Als Lieferant von Arbeitskräften ist Südtirol mit Garant für das reibungslose Funktionieren der Ausbeutung. Mit ihr ist aber das ganze kapitalistische System gerettet, das auf Ausbeutung beruht. Ein eingehenderes Studium der Klassenstruktur



könnte größere Aufschlüsse über das Spätkapitalismus überhaupt geben. An dieser Stelle sollten nur einige Probleme angedeutet werden.

Veröffentlichungen über die Klassenstruktur Südtirols sind sehr selten. Einige Hinweise lassen sich in den Heften der nicht mehr erscheinenden Zeitschrift „Die Brücke“, Bozen, finden. Interessant sind auch ein Artikel von A. Langer in „Das Fenster“, Innsbruck 1970, der sich mit der Widerspiegelung des Verhältnisses Provinz - Metropole im kulturellen Leben Südtirols befaßt, und die Stellungnahme H. Ladurners dazu. Die neueste Veröffentlichung ist vom Dezember 1970 in „Lotta Continua“: Südtirol e Reggio Calabria. Schule und Kapitalismus.

Neben dem Klassenkampf, der für die bürgerliche Gesellschaft zur Gefahr werden kann und deshalb im Faschismus unterdrückt werden muß, gibt es noch eine Sphäre im gesellschaftlichen Überbau, die Konflikte mit sich bringt und die Gefahr in sich birgt, systemüberwindend zu werden: die Schule. Formal muß Schulbildung allen Klassen zugestanden werden, daß in Wirklichkeit die Herrschaftspositionen längst definiert und nicht von den Leistungen der einzelnen abhängen, muß verdeckt werden. Schule vermittelt Wissen und Wissen ist Macht. Wenn jedoch ausgebeutete Schichten in Besitz von Macht gelangen, dann geraten die Herrschenden in Gefahr. Und gerade das soll die Schule im kapitalistischen System unterbinden. Sie hat die Aufgabe, die Jugend in die Gesellschaft einzugliedern, die Forderung nach freier Entfaltung des Menschen in der Gesellschaft nicht aufkommen zu lassen. Freiheit muß als bürgerliche der Jugend vorgetäuscht werden, Ausbeutung als Naturgesetz dargestellt.

Schon die Familie leistet in diesem Sinne eine bedeutende Vorarbeit. Repressive Moral wird in Südtirol beispielhaft anezogen. Doch darauf soll hier nicht näher eingegangen werden. Die totale Planung im Dienste des Kapitals zeigt sich am besten am Beispiel der Schule. An ihm lassen sich auch die Lücken feststellen, die noch die Möglichkeit offen lassen, für die Freiheit sich aufzulehnen und sich der faschistischen Tendenz entgegenzustellen. Einige, längst nicht alle Beispiele seien kurz erwähnt.

Die Schule vermittelt den Kindern zwei wesentliche Eigenschaften der bürgerlichen, kapitalistischen Ordnung: das Konkurrenzprinzip und den Leistungszwang, der aus ihm hervorgeht. Das Notensystem zeigt offen den repressiven Charakter der schulischen Bewertung. Es isoliert den Schüler in der Klasse, es zwingt ihn, gegen seine Freunde zu arbeiten. Je besser die eigenen Noten sind, desto schlechter sind die der anderen. Je besser die Leistungen, desto größer ist das Ansehen des Schülers. Jeder wird gegen jeden ausgespielt. Die wettkampftartig zu erreichenden Ziele werden einfach vorgegeben, sie treten dem Schüler als fernde gegenüber, auf die er keinen Einfluß hat. So ist es auch in der kapitalistischen Produktion: je besser es dem einen gelingt, die anderen durch Leistung zu überbieten, desto höhere Positionen kann er erreichen. Die Herrschaftspositionen sind diesem Prinzip jedoch nicht unterworfen: sie sind autoritär vorgegeben, durch Leistung kann man kaum zum Herrschenden werden. Das, was der Mensch im Kapitalismus zu leisten hat, ist nicht seine Selbstverwirklichung, die er frei gestalten kann, sondern gleichsam eine Leiter, die ihm vorge-schrieben wird und die er zu bewältigen hat, wenn er vorankommen will. Die Frage nach dem Ziel des Ganzen wird schon in der Schule ausgeschaltet.

Die Hierarchie, die das Notensystem unter den Schülern herstellt, ist typisch faschistisch. Sie läßt den Eindruck entstehen, als ob in der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich der sich die Macht erwerben könnte, der am meisten leistet. Von den Bedingungen, die die Leistungen des einzelnen wesentlich bestimmen, wird abgesehen, dem Unterprivilegierten wird schon in der Schule beigebracht, daß seine Position durch seine Leistung bestimmt sei, und seine Unfähigkeit, in der bürgerlichen Schule hohe Leistungen zu erbringen, wird als naturgegeben vorgetäuscht. Gerade in Südtirol macht sich sehr häufig der krasse Unterschied zwischen Kindern privilegierter und Kindern unterprivilegierter Familien bemerkbar. Kinder aus Familien, in denen finanzielle Sorgen das Denken nie bestimmten und die Förderung besonderer Interessen durch vorhandenes Geld ermöglicht wurde, zeigen sehr häufig eine raschere Auffassungsfähigkeit als Kinder aus Familien, die bestimmt waren von der Sorge um den Lebensunterhalt, die ein intensives Eingehen

auf das Kind nicht zuläßt. Die Ungleichheit wird vertieft durch die Umwelt: die wechselnden Eindrücke der Stadt oder der Umgebung, die dem Kind reicher Eltern bei Reisen begegnen, erzeugen eine beweglichere Denkfähigkeit als die immer gleiche Umgebung, in der Kinder von Arbeitern oder Bergbauern leben. Diese Bedingungen der ersten Anpassung an die Gesellschaft werden in der Schule nicht nur nicht beseitigt, sondern sogar vertieft. Ausgeprägteres Dankvermögen wird mit höheren Noten belohnt und der, der noch Schwierigkeiten hat, seine Gedanken in Worte zu fassen, wird an die letzte Stelle der Rangordnung gestellt, die ihm die Fatalität seiner Lage und die Aussichtslosigkeit einer Auflehnung bewußt werden läßt. Ungleiche Erziehung in der Familie wird durch Diskriminierung in der Schule noch verfestigt. Bürgerliche Maßstäbe werden Arbeiterkindern angelegt, ihr notwendiges Nicht-Entsprechen wird bestraft. Die Schriftsprache, Privileg der bürgerlichen Schichten, wird gegen den Dialekt der Arbeiterkinder ausgespielt. Das, was den einen schon geläufig ist, müssen die anderen erst erlernen, gemessen werden beide mit denselben Maßstäben. Anstatt jeden zu lehren, seine Kenntnisse der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen, wird der eine gegen den anderen ausgespielt. Alles, was an Solidarität erinnert, wird bekämpft: der Nominalismus hat den Grundstein dafür gelegt. (1)

Noch eine andere Funktion erfüllt die Schule. Sie versorgt den Arbeitsmarkt mit Menschen. Hier zeigen sich erneut die Folgen kapitalistischer Widersprüche. Durch die fortschreitende Technisierung der Produktion ergibt sich die Notwendigkeit, eine immer größere Anzahl von ausgebildeten Arbeitskräften auf den Markt zu bringen, die freibewerbslos immer gleich dort eingesetzt werden können, wo sie am meisten Profit erzeugen. Deshalb wird auch den Kindern der Arbeiterklasse eine gewisse Bildung vermittelt. So zum Beispiel soll die Lernfähigkeit bereits im Kindergarten vorbereitet werden. Die Pflichtschule wird immer weiter ausgebaut. Das bringt eine Schwierigkeit mit sich. In der relativ langen Zeit gelingt es den Kindern aus der unterprivilegierten Klasse oft, ihren Rückstand aufzuholen und in der geforderten Leistung die bürgerlichen Kinder weit zu übertreffen. So wird der Schein zerstört, daß die bürgerlichen Kinder aufgrund ihrer Leistungen zu Herrschenden werden. Das Arbeiterkind erfährt, daß die Hierarchie unantastbar und jedem Einfluß der Unterprivilegierten entzogen ist. Dieses Bewußtsein aber bringt Konflikte. Sie müssen vermieden werden. So vergrößert man den Spielraum, in dem man durch Leistung weiterkommen kann; die Führungspositionen bleiben unangetastet. Und gleichzeitig tritt ein Mechanismus in Kraft, der dem aus unterprivilegierten Schichten Aufstrebenden die Möglichkeit nimmt, seine Macht für die Klasse zu gebrauchen, aus der er stammt. Wissen ist im bürgerlichen System private Macht, wenn sie auch gesellschaftlich zustandekommen ist. Private Macht erlaubt bis zu einer bestimmten Grenze Vorankommen in der Hierarchie der bürgerlichen Gesellschaft. Also ist auch der, welcher aus proletarischen Verhältnissen kommt und höhere Bildung erreichen konnte, dem Zwang ausgeliefert, durch Leistung seine Position gegen die anderen zu festigen. Seine private „Freiheit“ verwirklicht er gegen die anderen und wird so seiner eigenen Klasse entfremdet. Er gehört nun selbst zu den Privilegierten der bürgerlichen Ordnung und versucht, seine Position gegen die Klasse zu verteidigen, aus der er kommt. Sein Interesse ist die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Ordnung, die ihn zum Privilegierten werden ließ. So ist er zur Stütze des Systems geworden, für das er eigentlich eine Gefahr darstellen müßte. Er trägt dazu bei, die Illusion aufrechtzuhalten, daß im Kapitalismus jeder die Möglichkeit habe, in den Genuß der Privilegien zu gelangen, wenn er sich nur bemühe. Deshalb lohnt es sich, arme Studenten sogar mit Stipendien zu unterstützen.

Ein anderer, noch nicht ganz verschleierter Widerspruch läßt sich am Beispiel Schule zeigen: die Schule, die den Arbeitsmarkt mit ausgebildeten Menschen zu beliefern hat, muß sich an der Nachfrage ausrichten. Die organisierte Produktion im kapitalistischen Betrieb müßte auf einen organisierten Absatz schließen lassen. Doch der inneren Organisation entspricht das äußere Chaos. Die kapitalistische Wirtschaft erzeugt nicht das, was die Gesellschaft benötigt, sondern das, was am meisten Profit verspricht. Davon wird nicht abgegangen. Anstatt die Produktion an den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren, wird die Nachfrage im Interesse des Profits gelenkt. Durch Reklame und Mode soll der Mensch gezwungen werden, das zu kaufen, was

angeblich alle kaufen, nicht weil es das Beste oder unbedingt notwendig wäre (zum Beispiel Mode, die mindestens zweimal im Jahr wechselt), sondern weil es den Kapitalisten Profit bringt. Doch der Mechanismus funktioniert noch nicht so perfekt, ein kleiner Raum von persönlicher Entscheidung ist noch vorhanden. So lange wird es also auch so sein, daß die Wirtschaft ihre Produktion immer auf das konzentriert, was gerade am meisten Profit bringt. Wenn aber die Produktion einen bestimmten Punkt erreicht hat, sind mehr Produkte auf dem Markt als gefragt sind. Der Gewinn sinkt also und die Produktion muß wieder auf andere Produkte umgestellt werden, die größeren Profit versprechen. So gehen gesellschaftliche Produktivkräfte im Interesse des Profits planlos verloren. Durch die dauernden Umstellungen werden immer wieder anders ausgebildete Arbeiter gesucht. Die schwerfällig reagierende Schule kann jedoch den dauernden Schwankungen der Nachfrage nicht folgen, da sie die Ausbildung auf weite Sicht plant. Sie reagiert auf zwei Arten auf diesen Mangel: erstens bildet sie äußerst spezialisierte Kräfte aus. Sie wird darin unterstützt von den Berufsschulen und den Lehrlingsjahren, die eine ähnliche Funktion erfüllen. Das bringt zwei Vorteile für die kapitalistische Entwicklung. Derjenige, der sich auf ein ganz bestimmtes Gebiet spezialisiert hat, interessiert sich immer weniger für das Ganze, das er nicht mehr überschauen kann. Der kapitalistischen Produktion jedoch bringt es den Vorteil, daß der spezialisierte Arbeiter rationell eingesetzt werden kann, also den Profit erhöht, und daß er kaum umgeschult werden muß, wenn sich Umstellungen notwendig machen. Denn durch eine Kombinationsverschiebung läßt sich die Produktion leicht umstellen. So kann zum Beispiel ein Betrieb, der bislang Autos hergestellt hat, seine Produktion auf Panzer umstellen, ohne daß der Schweißer zum Beispiel, der nach wie vor dieselben Metallteile zusammenschweißt, es auch nur bemerken würde. Die in der Schule gelernte Verhaltensweise, immer das zu tun, was vorgeschrieben ist, ohne nach dem Sinn und Zweck zu fragen, welche die Teilaufgaben im Ganzen erfüllen, ist noch verstärkt worden in den Lehrjahren, in denen man lernt, was blindes Gehorchen heißt und welche Folgen ein Auflehnen gegen diese Gesetze nach sich zieht. Die blinde Erfüllung einer Aufgabe kennzeichnet den spezia-

lisierten Arbeiter. Er zeigt am besten, wie weit die Entfremdung des Arbeiters von seinem Produkt, das ursprünglich seine Verwirklichung war, fortgeschritten ist. Er verkauft seine Arbeitskraft dem privaten Besitzer der Produktionsmittel und darf sich nicht einmal Gedanken machen darüber, was mit den Gütern geschieht, die er produziert hat. Die Schule bereitet auf die entfremdete Arbeit vor. Und sie wird so lange auf sie vorbereitet, als sie im Dienste des Kapitalismus steht. Der Kampf gegen diese Schule kann nur gleichzeitig mit dem Kampf gegen den Kapitalismus geführt werden. Noch eine zweite Maßnahme trifft die Schule: Bildungsplanung soll die Tendenz der Nachfrage an Arbeitskräften studieren, um die Schule zu befähigen, dahingehend zu produzieren. Progressive Kräfte haben Bildungsplanung auch für Südtirol gefordert, und nur die Unfähigkeit der Südtiroler Kulturpolitiker trifft die Schuld, daß diese Planung im Dienste des Kapitalismus hier noch nicht funktioniert. Bildungsplanung ist nicht in jedem Falle repressiv. Dient sie dem Zweck, die gesellschaftlichen Kräfte planmäßig einzusetzen für die Schaffung der Bedingungen zu einer freien Entfaltung des Menschen in einer freien Gesellschaft, dann kann sie sehr positive Aufgaben erfüllen. Dient sie jedoch der Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutung, dann wird sie zu einem Instrument der Unterdrückung in der Hand der herrschenden bürgerlichen Klasse. Die Schule läßt einen kleinen Spielraum an Freiheit. Radikale Aufklärung muß an die Stelle der Vermittlung repressiver Denkschemen treten. Der Kampf der Schüler um die relative Autonomie der Schule ist der Kampf um diese Möglichkeit. Verantwortungsbeußte Lehrer müssen gemeinsam mit ihren Schülern die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft durchdenken. Die praktische Auflösung muß im Kampf mit dem Proletariat vollzogen werden.

Für eine eingehendere Beschäftigung mit dem Problem Schule seien die Reihen „Schule und Erziehung“ und „Sexualität und Herrschaft“ empfohlen, die in „Das Argument, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften“, Karlsruhe, erschienen sind. Dort sind auch weitere Literaturangaben zu finden.

1) Vgl. den ersten Teil des Artikels im letzten „skolast“.

## KVW - linksextrem ?

Kurt Knapp

„KVW“ auf linksextremem Kurs? ließ es besorgt vor einem Monat in unserem Monopol-fagblatt, wobei aus diesem Artikel, den wohl -et- höchstpersönlich verfaßt hat, und aus der Flut der Leserbriefe, die sowohl auf diesen Artikel hin als auch wegen des Dokumentes der Synode über den „Arbeiter in der industrialisierten Gesellschaft“, das als oberflächliches, marxistisches Hotzschreiben abgetan wurde, in der Dolomitenredaktion eingelaufen sind, nie recht klar wurde, ob die geistlichen Assistenten oder der Verband selbst zu links stünden. Aber scheinbar war für manche diese Frage belanglos, denn sie benützten lediglich die Gelegenheit, eine Problematik, eigentlich Sache der Diözesansynode, auf dem Rücken des KVW auszutragen. Dieser hat einerseits brav mitgespielt und gute Miene zum bösen Spiel gemacht; andererseits durfte er die „schweren“ Vorwürfe natürlich nicht schweigend einstecken, sondern mußte sich rechtfertigen und verteidigen.

Unter dem Titel „Treu zu unserem Auftrag“ wurde im letzten KVW-Blatt (Nr. 4) die Ausrichtung unserer christlichen Sozialbewegung neu umrissen: „Der KVW - und dies dürfen wir auch für seine geistlichen Assistenten sagen - ist weder sozialistisch noch kommunistisch geworden. Er will auch keine Revolution und gehört auch nicht zu jenen, die sich von einer radikalen und gewaltsamen Änderung der bestehenden Ordnung die Lösung aller Probleme und die Schaffung einer Gesellschaftsordnung erwarten, in der allein Gerechtigkeit zuteil wird und in der alle Probleme des menschlichen Zusammenlebens gelöst sind. Wir sind aber überzeugt, daß in unserer Heimat noch lange nicht eine Sozial- und Wirtschaftsordnung besteht, wie sie bestehen müßte, wenn die christliche Botschaft der Liebe und Feindschaft nicht nur der vielzitierte Väterglauben, sondern die gestaltende Kraft unserer Lebens wäre.“

Das Ziel des KVW bleibt also die größere soziale Gerechtigkeit, größere Demokratie. Weg mit aller sozialen Ungerechtigkeit, den Lieblosigkeiten, dem „überspitzten Profitstreben und dem weithin herrschenden praktischen Materialismus“! Mit solchen und ähnlichen Klarstellungen und einem klaren Ausspruch des Vertrauens zu seinen drei geistlichen Assistenten versuchte der Verband, die Krise aus der Welt zu schaffen. Andererseits wollte man die Sache auch verharmlosen: „Es gäbe wahrlich viel unchristlichere Dinge in Südtirol anzugreifen“, „wir haben in den Dolomiten schon größeren Unfug... gelesen“. Die Frage nach der Wissenschaftlichkeit solcher Entgegnungen bleibt dahingestellt.

Wie die Dinge jetzt stehen, scheint es, als ob im KVW der status quo des Nunc et Semper weitergerüstet wird, obwohl der scheidende Obmann Wilfried Würndle in seinem Abschiedsreferat schon vor zwei Jahren beim Landeskongreß des KVW lapidar festgestellt hat: „So wird der KVW in einer gefestigten Ordnung oder Unordnung immer ein gewisses Element der Unruhe darstellen müssen.“ Am Beispiel Schluderns hat sich aber gezeigt, wie wenig willkommen der Basis und somit auch dem KVW dieses Element ist: ein offenes Referat über das Arbeiterstatut durch Assistent Stricker, einige harte Forderungen seinerseits an den dortigen Betrieb, und schon kriselt es im Ortsausschuß. Zwar ist der Ortsausschuß nicht zurückgetreten, wie zunächst fälschlicherweise bekannt wurde (denn die Mitgliedsbeiträge sind bezahlt worden; nur die Sozialfürsorgin hat ihre Mitgliedskarte zurückgegeben), aber diesen radikalen, „unruhigen“ Ton hatte man nicht verkräftet. Zudem drohte der Betrieb mit Schließung der Fabrik, woraufhin bei einer Abstimmung 87% erklärten, sie wären mit allem zufrieden, und nur die 13% den Mut aufbrachten, unzufrieden zu sein. Sicher ist diese Reaktion auf reaktionäre Kräfte im Ortsausschuß zurückzuführen.



Es bleibt die Frage: was ist besser, möglichst viele Mitglieder zu werben und damit Gefahr zu laufen, viele bremsende Elemente aufzunehmen, bremsend nicht im Sinn einer gesunden Opposition, sondern ideologisch hoffnungslos verblindeter Unverbesserlicher, die sich vom einstigen Schema nicht lösen können, wo die katholische Einstellung des Verbandes eben eine andere war. Oder sollte nicht eher kompromißlos und mutiger durchgegriffen werden, was natürlich Einengung und Verzicht mit sich brächte. Im letzteren Fall würde man zweifelsohne mehr erreichen. Wäre es doch damals in Schluderns ein leichtes gewesen, geschlossene vorzurücken und auf die Drohung der Stilllegung des Betriebes hin die Leitung und die Leute darauf aufmerksam zu machen, daß das nicht so ohne weiteres möglich sei, weil die Fabrik der Gemeinde und der Region gegenüber Verpflichtungen habe, hat sie doch Gelder vom Mediocredito erhalten usw. Andernfalls wird jedoch der Traum einer selbständigen Sozialbewegung nur Traum bleiben, und auch das angestrebte Ziel des Zusammenschlusses der bestehenden Gewerkschaften zu einer von politischen Parteien nicht mehr abhängigen, in sich selbst demokratisch gegliederten Organisation bleibt illusorisch, solange solche Elemente im Verband sind. Damit will ich nicht einer Diktatur oder Uniformierung das Wort reden, sondern nur einer Übereinstimmung in der elementaren Grundeinstellung.

Das Handicap schlechthin bleibt die weithin verbreitete Gleichschaltung von KVW und Klerus. Fehlentscheidungen des Verbandes werden bewußt oder unbewußt mit solchen der Kirche gleichgesetzt. Sicher haben die Geistlichen Verdienste im Aufbau des KVW erworben, doch nun, im Zuge der Autonomie der Bewegung, gilt die Vermeidung einer Sozialbewegung als verlängerter Arm einer Partei ebenso wie eine als verlängerter Arm der Kirche. Solange nämlich der Verband als klerikale Einrichtung gesehen wurde, fand im Bewußtsein der Leute die, oft unbewußte, durch die Jahrhunderte noch gefestigte Gleichschaltung von Kirche - Frömmigkeit - Unterwürfigkeit - Passivität statt. Auflehnung, Kritik, Revolution gehörten zu den schlimmsten Sünden, eine Bewußtseinsbildung, die, total unbiblisch, in der Hauptsache der griechischen Weltanschauung entsprungen ist und sich im Abendland immer gehalten hat, und sich auch noch jetzt nach dem Konzil weithin hält. Gar vom Klerus akzeptiert man nicht eine radikale Haltung: Beispiel dafür sind die brasilianischen Bischöfe Dom Helder Camara und Dom Antonio Fragoso. Mit dem Vaticanum II hätte das anders werden sollen: die Kirche sieht heute mehr denn je die große Ungerechtigkeit, die bedauernswerte Teilung der Menschheit in Ausbeuter und Ausgebeutete, in Arme und Reiche: „Noch niemals verfügte die Menschheit über soviel Reichtum, Möglichkeiten und wirtschaftliche Macht, und doch leidet noch ein ungeheurer Teil der Bewohner unserer Erde Hunger und Not... Die Welt spürt lebhaft ihre Einheit und die wechselseitige Abhängigkeit aller von allen in einer notwendigen Solidarität und wird doch zugleich heftig von einander widerstrebende Kräfte auseinandergerissen. Denn harte politische, soziale, wirtschaftliche, rassische und ideologische Spannungen dauern an...“ (Konstitution Kirche in der Welt von heute „Gaudium et spes“, n. 4; ähnlich Nr. 8; 9; 29; 63). Deshalb darf sich der Verband wirklich nicht mehr mit der Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zufrieden geben, damit wäre die Ausbeutung seitens der Arbeitgeber nur gefördert.

Damit hängt ein anderer wichtiger Schritt zusammen, den der Verband so schnell als möglich gehen muß, will er als unabhängige „Gewerkschaft“ das Vertrauen aller erhalten: es heißt einem — sogar unkirchlichen — Anachronismus huldigen, wenn der KVW sich derart von der mehr ländlichen Basis bestimmen läßt und seine Aufgabe effektiv in der Informationsstätigkeit und Einrichtung für Sozialversicherung erschöpft und nicht als Arbeitervertretung mutig einerseits mehr vom ländlichen Milieu zum städtischen überwechselt und in Werkstätten und Fabriken präsent bleibt, neben den Gewerkschaften, und andererseits die hergebrachte Assoziation von Kirche-Verband verbunden mit dem Ideal von Zufriedenheit, Pflichtbewußtsein und Gehorsam des Arbeiters nicht fallengelassen wird. Sonst bleibt er wirklich eine Bewegung der älteren Generation für die ältere Generation.

Die oben ausgeführten Gedanken und Anregungen bedeuten für den Verband nichts Neues. In Versammlungen, Kongressen, Arbeitskreisen, zusammengefaßt dann in programmatischen Reden sind

die Ideen aufgeklügelt, fassen wir sie nochmals zusammen: Autonomie von seiten der Partei, das bedeutet, daß der Verband bei Parlaments- und Landtagswahlen keine bestimmte politische Partei seinen Mitgliedern zur Wahl empfiehlt, weiteres keine Kandidaten nominiert; Autonomie von seiten der Gewerkschaft, das bedeutet, daß die gleichen Unvereinbarkeitsbestimmungen wie für die Parteien, auf Landes- und Bezirksebene beschränkt, auch bezüglich der Gewerkschaften Anwendung finden; Loslösung von einem allzu klerikalen Verständnis des KVW und Hinwendung zu einer echten Laienbewegung, deren Tätigkeit sich über Bildungsarbeit, Sozialversicherung zu tatkräftigem Einsatz in den Betrieben in Stadt und Land erstreckt.

Die Basis muß aber mündig sein, dann kann diese Arbeitervertretung, auch wenn sie keine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne ist, fruchtbar wirken. Der Testfall Schluderns wird zeigen, wie weit der Prozeß fortgeschritten ist: wird sich der Ortssusschuß, den es demnächst neu zu wählen gilt, aus den 87% rekrutieren, oder aus den wachseren und aufgeschlosseneren 13%.

## Leserbrief

### Nachtopfvisionen

Bei der arglosen Lektüre der letzten Nummer des „skolast“ hatte ich das Pech einem Geistesprodukt zu begegnen, das einem den Mageninhalt hochquält.

An und für sich ist es in solchen Fällen ja das Beste, das unlieb-same Gebilde links liegen zu lassen und schleunigst freundlicheren Gefilden zuzustreben, um die unerquickliche Begognung möglichst rasch zu vergessen.

Jedo weitere Erwähnung - und sei sie auch nur ablehnend - würde Erzeugnisse dieser Art unnötigerweise aufwerten und ihr Verschwinden in ein gnädiges Vergessen nur verzögern.

Wenn ich trotzdem die pot de chambre story „voltaire“ von N. C. Kaser hier erwähne, so nicht etwa darum, weil das Stück irgendwie bemerkenswert wäre. Das Bemühen gewisser ruhmshungriger Jünglinge um jeden Preis - auch um den inneren Selbstverstümmelung - aufzufallen ist nichts Neues, und es gibt daher auch eine Unmenge, im übrigen gekonntere und bekanntere „Literatur“ dieses Genres.

Ich melde mich nur deshalb hier zu Wort, weil mir dieses Produkt in der literarischen Spalte des „skolast“ begegnet ist.

Man mag über Zensur denken wie man will, doch in extremen Fällen von Mangel an geistiger Selbstdisziplin der Verfasser sollte die Redaktion auch einer Studentenzeitschrift den Mut finden, zur Schere zu greifen. Wahllos alles zu drucken, muß nicht unbedingt ein Zeichen von Freiheit sein.

Ich glaube nicht der einzige Leser des „skolast“ zu sein, der es vorziehen würde, in Zukunft von literarischen Fäkalien dieser Art verschont zu bleiben.

„der nachtopf faehrt aus der scene“ - es bleibt nur zu wünschen, daß sich der Autor selbst in das sinnige Gefährt schwingt; meine Wünsche für eine bequeme und vor allem lange Reise begleiten ihn

## FÜNFZIG JAHRE SALZBURGER FESTSPIELE

Gerhard Kofier

jenseits  
des höllenkreises der hungernden  
vor dem dom,  
dem gold der bischöfe,  
den christlichen dogmen & aktionären,  
gehütet vom augapfel der pharisäer,  
vom pathos holpriger verse  
& vom letzten schrei der moden,  
spielt man  
auf den brettern,  
die die dritte welt verleugnen,  
wohlstandfuzzend  
quer durch unser jahrhundert,  
das spiel vom sterben des reichen mannes.

## HYDE PARK ZUR GÖTTLICHEN KOMÖDIE

1

eigentlich  
ist es  
ziemlich still,  
ja friedlich sogar.

2

himmelhölle&fegefeuer!  
gebt ihm zu trinken,  
der sänger ist heiser!

3

wir schreiben  
das jahr 1971  
wir schreiben.

4

aus mangel an beweisen.  
koryphäen vor friedhofsmauern,  
hohe kunst

5

eigentlich  
ist es  
ziemlich still  
ja friedlich sogar

6

am  
grabmal  
dantes.

## DIE FACHIDIOTEN

noch immer  
getragen  
(wie lange noch?)  
vom kapitalen kapitell  
des sendungsbewußtseins  
spannen sie  
ihre thesen,  
durchsichtig  
aus der ordnung  
ungeordneter eindrücke  
geboren,  
vor ihre  
aufleuchtende unfähigkeit,  
dieses allerseelenlicht  
im gottesacker  
des abendslands.

## DER FISCH & DIE TRAGÖDIE

vor mich hinsinnend  
über den hohen wert  
der griechischen tragödie,  
beeindruckt von ihrem hohen ziel,  
den menschen zu veredeln,  
sah ich im rauch  
das bild eines fischers,  
der alt & zitternd,  
vom mitleid überwältigt,  
seine beute zurückgab  
dem götterüberwucherten meer  
& so geläutert  
verhungerte.

# Sanitätsreform

## bemerkungen zur reform des sanitätsdienstes

Karlheinz Grassegger

man kann sagen, daß im gegenwärtigen abschnitt der geschichtlichen entwicklung in vielen bereichen des gesellschaftlichen lebens infolge des ökonomischen fortschritts ein bemerkenswerter wandel eingetreten ist. in dieser sich rasch wandelnden realität ist der mensch gezwungen, sich jeweils neuen lebensformen anzupassen. das sprunghafte ansteigen bestimmter sogenannter zivilisationskrankheiten hat gezeigt, daß eine solche umstellung durchaus nicht immer für den gesundheitszustand der menschheit von vorteil sein muß, sondern seine existenz ernsthaft bedroht. man kann feststellen, daß neben den bekannten krankheiten wie krebs usw. eine neue form der erkrankung besteht, die man am besten als „degenerative pathologie“ definieren kann; vielleicht könnte man diesen begriff mit einem beispiel erläutern: wenn man etwa annimmt, daß die umweltverschmutzung nicht durch drastische maßnahmen eingeschränkt wird, so wäre es durchaus denkbar, daß in den betroffenen ländern infolge der degenerierung des genetischen materials im menschlichen körper keine lebensmöglichkeit mehr besteht. es ist naheliegend sich die frage zu stellen, wodurch im konkreten solche degenerative erscheinungen und alle anderen krankheiten bedingt sind. es sind dies z. b. schlechte arbeitsbedingungen, verschmutzung des arbeitsplatzes, ungenügende sicherungen vor arbeitsunfällen, die kasernierung von arbeitern in betonblocks, und viele andere. man sieht also, daß letzten endes die produktionsverhältnisse in unserer gesellschaft die bedingungen für viele krankheitserscheinungen sind — wozu man noch bemerken könnte, daß der am schwersten betroffene der arbeiter ist.

der gesundheitsdienst hat diesen veränderungen weitgehend nicht rechnung getragen, als instrument einer minderheit von gut verdienenden ärzten, die im kranken einen kunden und geldbringer sieht, ist der sanitätsdienst zur zeit noch eine institution, deren primat die ökonomische zielorientierung ist. wer das nicht glaubt, soll erfahren, daß 85% des vom patienten bezahlten pflegesatzes als gehälter für das sanitätspersonal aufgewendet werden.

es ist also offensichtlich, daß eine reform dringend nötig ist, die zu gunsten der unterprivilegierten stellung nimmt.

in diesem abschnitt wollen wir einige grundpostulate aufstellen, um dann zu sehen, inwieweit die vom gesundheitsministerium angestrebte sanitätsreform mit diesen übereinstimmt.

1) die abschaffung der krankversicherung und des indirekten beistandes von seiten der krankenkassen.

bisher mußte jeder patient die kosten, die ihm durch seine krankheit erwachsen sind, zuerst begleichen und bekam dann im nachhinein von den versicherungen den entsprechenden betrag oder teile desselben ausgehändigt. nun gibt es eigentlich keinen grund, der gegen einen direkten beistand sprechen würde. es würde dadurch für jeden die möglichkeit der unentgeltlichen betreuung in allen institutionen des staatlichen gesundheitsdienstes geschaffen. man hat verschiedenerorts behauptet, daß ein kostenloser krankenhausaufenthalt die krankenhäuser im winter füllen würde, da verschiedene „elemente“ die sanitären einrichtungen als kosten-

losen platz zur überwinterung benützen könnten. ich halte das für eine diffamierung gegenüber allen jenen menschen, die durch die profitlogik des kapitalistischen systems aus dem gesellschaftlichen leben gestoßen sind. einwände von dieser art können gar nicht als solche bezeichnet werden, weil sie am kern der sache vorbeigehen. wesentlich ist nämlich, allen unterprivilegierten und ausgebeuteten individuen die bestmöglichen leistungen im sanitätsdienst zu gewährleisten. für die besitzende schicht steht die möglichkeit immer noch offen, dank ihrer ökonomisch gesicherten lage einen eigenen „stil“ fürs kranksein zu entwickeln und sich privater versicherungsanstalten und privater klinken zu bedienen.

mit den hier aufgezählten punkten stimmt der gesetzentwurf des gesundheitsministeriums im wesentlichen überein. einigermaßen ungesichert scheint die finanzierung des neuen systems zu sein. diese soll durch stufenweisen abbau der krankenkassen durch steuereinzahlung erfolgen, die allgemein ist und auch jene trifft, die die einrichtungen des staatlichen sanitätsdienstes nicht in anspruch nehmen. kritiker der reform bezweifeln, ob die notwendigen geldmittel so aufgebracht werden können. nun ist aber die gesundheitsreform sowohl für den einzelnen als auch für die gemeinschaft von so großer bedeutung, daß einer verbesserung der strukturen des sanitätsdienstes die entsprechenden geldmittel sicher zur verfügung stehen werden.

2) vollbeschäftigung für sanitätspersonal in allen institutionen des staatlichen gesundheitsdienstes.

die aufgaben, die in zukunft von allen instanzen des sanitätsdienstes bewältigt werden müssen, verlangen die ganztägige beschäftigung. diese aufgaben reichen von der präventivmedizin zur gesundheitserziehung. es gibt diesbezüglich schon ein regionalgesetz, das die sogenannte „full time“-beschäftigung vorschreibt. es hat natürlich auch hier jeder arzt die freie wahl, ob er in einer staatlichen institution oder als privatarzt tätig sein will. halbtagsbeschäftigung im krankenhaus ist nicht mehr möglich.

3) besondere berücksichtigung der präventivmedizin.

es wird die wichtigkeit der präventivmedizin klar, wenn man an die bedingungen der arbeiter am arbeitsplatz denkt, welche die ursache für so viele krankheiten sein können, dieses medizinische gebiet ist besonders bei uns in italien noch kaum berührt worden. man hofft, daß durch die präventivmedizin die krankheiten auf ein geringeres maß reduziert werden können. wenn man, wie schon erwähnt auf die ursachen vieler krankheiten sieht, dann wird einem klar, daß die präventivmedizin sich auch auf umweltschutz, auf verbesserung der arbeitsbedingungen und dgl. beziehen muß. natürlich kosten die maßnahmen, die auf diesem gebiet ergriffen werden, eine ganze menge geld. aber durch den rückgang der kurativmedizin ergibt sich für diese ein geringer kostenaufwand, sodaß sich auf die dauer gesehen der sanitätsdienst sicher besser entwickeln kann.

die leistungen der präventivmedizin werden in der unità sanitaria locale geboten. es wird davon noch weiter unten die rede sein.

4) direkte mitbestimmung der arbeiterklasse an einer demokratischen verwaltung der u.s.l. (unità sanitaria locale).

es wird notwendig, diese forderung zu stellen, wenn man von dem punkt ausgeht, daß das individuum an seinem heilungsprozeß bzw. an der erhaltung seiner gesundheits selbst teilnehmen soll. wenn der einzelne zu einem verantwortungsbewußten handeln gegenüber seiner eigenen und der kollektiven gesundheits erzogen werden soll, muß ihm auch das mitspracherecht in allen instanzen des sanitätsdienstes zugebilligt werden. davon hängt ein gutes funktionieren des systems ab. in dieser hinsicht sieht die reform eine direkte beteiligung der arbeiter an den verwaltungskörperschaften der krankenhäuser vor. außerdem kann auf anweisung von seiten der

region ein referendum beantragt werden, sofern wichtige beschlüsse getroffen werden müssen. es können diese beiden möglichkeiten der direkten beteiligung der arbeiter natürlich nur die ersten stufen zu einer noch viel weiter gehenden demokratie sein.

5) die freie arztwahl muß beschränkt sein auf die im distrikt arbeitenden ärzte.

die ärzte, die in einer u.s.l. vollzeitlich beschäftigt sind, sind für ihre patienten auf jeden fall die kompetentesten, da sie mit der sozialen und gesellschaftlichen problematik der u.s.l. vertraut sind, sodaß gewiß die beste betreuung von ihnen zu erwarten ist. zudem erscheint es in einem nach u.s.l. eingeteilten system aus technischen gründen nicht möglich, die „freiheit“ der arztwahl auf das ganze staatsgebiet zu erstrecken. hier wären die krankenhäuser überfüllt, dort leer, hier der eine arzt überbeschäftigt, dort der andere arbeitslos. außerdem ist heute das bedürfnis der freien arztwahl oft nur künstlich hergestellt, was das beispiel der modeärzte zu bestätigen scheint. wir wollen auch hier sehen, was der gesetzesentwurf dazu sagt. es ist darin tatsächlich kein passus vorhanden, der die freiheit der arztwahl einschränken würde. es ist nur festzustellen, daß es, wie schon erwähnt, aus technischen gründen erstrebenswert wäre, eine zu hohe mobilität der patienten zu verhindern.

wenn man nun auf die besondere lage in südtirol zu sprechen kommt, ist folgendes festzuhalten: das problem der doppelsprachigkeit ist zweifellos zu beachten. niemand leugnet die vorteile, welche für den patienten daraus erwachsen, daß sie von ärzten ihrer muttersprache behandelt werden (wenn auch die tatsache besteht, daß gar mancher patient lieber zu einem arzt geht, der nicht seiner muttersprache ist). es ist aber grenzenlose demagogie, dieses problem künstlich aufzublasen, und jeden neuerungsversuch in einer volkstumspolitik zu ersticken.

es wurde in diesem abschnitt dargestellt, wie die vorgesehene sanitätsreform im wesentlichen einigen grunderfordernissen wenigstens annähernd entspricht. es soll im folgenden abschnitt die grundinstitution für den gesundheitsdienst vorgestellt werden.

die unità sanitaria locale

die u.s.l. soll umfassen ein gebiet, das je nach der bevölkerungsdichte 50.000 bis 60.000 menschen betreuen kann. für besonders dünn besiedelte gebiete und für die städte wird es bestimmter sonderregelungen bedürfen. allein was die räumliche ausdehnung der u.s.l. betrifft, nun sind im gesetzesentwurf zur sanitätsreform die aufgaben und die struktur der u.s.l. eigentlich nur in ganz großen linien dargelegt. hier heißt es: die u.s.l. trägt die verantwortung für die ärztliche assistenz, allgemeiner sowie rehabilitativer art, für die krankpflege, für die hygiene, für die präventivmedizin und für die veterinärmedizin. das krankenhause untersteht der u.s.l., sodaß es aufhört, weiterhin als rechtliche körperschaft zu bestehen. der region steht eine kontrollfunktion über die tätigkeit der u.s.l. zu. im rahmen dieser kontrollfunktion koordiniert sie die tätigkeit der institutionen der u.s.l. man kann sich also unter den vom ministerium veröffentlichten richtlinien nicht genau vorstellen, wie die u.s.l. ausssehen soll und es wird sicher noch einige zeit dauern, bis man auch im einzelnen die gesetzliche grundlage für die tätigkeit der u.s.l. erstellt haben wird.

um den begriff der unità sanitaria locale näher zu erklären, soll hier eine interpretation wiedergegeben werden, die von den vertretern der drei großen gewerkschaften cisl, cgil/sgb und uil/asgb gegeben wurde.

es wird eine einteilung der struktur der u.s.l. vorgenommen in zentrale und periferen strukturen.

f) periferen strukturen: in den einzelnen distrikten, in welche die u.s.l. unterteilt ist, gibt es folgende institutionen:

a) poliambulatorien. in ihnen sollen ärzte als vollzeitbeschäftigte arbeiten, die sich turnusweise ablösen. sie führen die krankensuche durch, in diesem rahmen diagnostizieren und behandeln sie patienten, deren krankheit nicht einen krankenhausaufenthalt erforderlich macht sie sorgen in erster instanz für eine geordnete hygiene und für die erziehung zur mitverantwortung am gesundheitsdienst sowie an der eige-

nen gesundheit. man nimmt an, daß ein verhältnis von arzt zu einwohnerzahl wie 1 : 2000 genügend sein dürfte, um die effektivität des gesundheitsdienstes zu gewährleisten. in anbetracht der ethnischen besonderheiten der provinz bozen wird es der regionalverwaltung zufallen, dafür zu sorgen, daß die proportion der in den einzelnen distrikten tätigen ärzte der verteilung der bevölkerung auf die beiden sprachgruppen entspricht.

b) als funktionelle einheit mit den poliambulatorien gibt es das spezialisierte poliambulatorium, eine instanz mit einem kinderarzt, einem ginekologen und einem zahnarzt.

c) es können außer den bisher genannten auch schulambulatorien oder solche für arbeiter entstehen. es ist klar, daß auf diesem gebiete die wichtigsten leistungen der präventivmedizin zu erfolgen haben.

d) die apotheke des distrikts.

e) die versammlung des im distrikt tätigen personales und der arbeiter. es wurde schon vorhin über die demokratisierung und die direkte beteiligung am gesundheitsdienst gesprochen. in dieser versammlung ist konkret die bedingung dafür gegeben, denn sie hat kontrollfunktion über alle institutionen des distrikts und nimmt an der verwaltung und an den problemen desselben direkt teil.

2) zentrale strukturen des distrikts:

a) das krankenhause. das krankenhause ist so strukturiert, daß alle patienten in einer klasse behandelt werden, vom regionalgesetz ist vorgesehen, daß jedes krankenhause 7 bis 10% der betten jenen patienten vorbehält, die bereit sind, eine entsprechende gebühr zu entrichten. diese maßnahme soll eine finanzielle stütze für das krankenhause sein.

b) spezialisierte poliambulatorien 2. instanz mit ärzten aus den wichtigsten medizinischen spezialgebieten, die einweisung in dieses poliambulatorium erfolgt nur über jene erster instanz. zum aufgabenbereich gehört auch die rehabilitierung der rekonvaleszenten.

c) analysenlabore für die gängigen routineuntersuchungen.

d) zentrale planungsstelle für hygiene und präventivmedizin, unterteilt in: a) boden-, wohn- und nahrungshygiene, b) arbeitshygiene, c) schulhygiene und vorbeugung ansteckender krankheiten, d) statistische erhebungen.

e) zentrale planungsstelle für die koordination der apotheken.

f) zentrale planungsstelle für die veterinärmedizin.

g) verwaltungsbehörde der u.s.l. ihr gehören an: 1) ein vertreter für jeden distrikt, 2) ein vertreter der arbeitschaft, 3) ein vertreter des schulerrates, 4) ein vertreter des gebietskrankenhauses, 5) ein vertreter der region.

auf jeden fall muß die vertretung der staatsbürger wenigstens 50% in allen körperschaften ausmachen.

der übrige aufbau, z.b. über provinzial- zu regionalkrankenhäusern usw. wird für alle institutionen des sanitätsdienstes hierarchisch sein.

diese kurze aufzeichnung kann nicht den anspruch auf vollständigkeit erheben. es war nur beabsichtigt, die wichtigsten probleme der sanitätsreform aufzuzählen und in einen gesamtgesellschaftlichen rahmen zu stellen.

## ARBEIT IM SOMMER

Hotel Esperia, 33054 Lignano Sabbiadoro (UD), Via Udine 74, Telefon: 71497; Sekretärin von Ende Mai bis Mitte September mit event. Englisch- oder Französischkenntnissen.

Hotel Croce di Maita, Lignano Pineta (UD), Telefon 72227; Kellner gesucht.

Park Hotel, Lignano Pineta (UD), Viale delle Palme; Portier, perfekt deutsch und italienisch; 1. Juli bis 10. September; Vollverpflegung; 80.000 Lire Grundgehalt pro Monat.

Sauer Hotel, 36017 Jesolo Pineta (VE), Via Oriente, Tel. 91363; sucht Hilfsportier; perfekt deutsch und italienisch, Französischkenntnisse.

Pensione Alisei, 33054 Lignano Pineta, Corso Alisei, Tel. 72477; sucht Hilfssekretärin mit Französischkenntnissen.

Frau Frick, Bozen, Tel. 23499 (Bürozeit) oder 21045 (abends) sucht Mädchen zur Beaufsichtigung von zwei Kindern (5 und 8 Jahre alt) in Oberbozen. Von Mitte Juli bis Mitte/Ende September.

Wer eine Beschäftigung in einer Fabrik Südtirols wünscht, sei es als Praktikum oder um Geld zu verdienen, wende sich mit seinen konkreten Wünschen direkt an Dr. Fiorentino, Industriellenverband, Freiheitsstraße 15, 39100 Bozen.

Dr. Brandstätter, Präsident der Sparkasse der Provinz Bozen verspricht für einige Studenten (bevorzugt werden Wirtschaftler und Juristen) Ferialarbeschäftigung bei der Sparkasse in Bozen oder in einer Filiale.

Interessenten mögen ein Gesuch an das „Personalbüro der Sparkasse der Provinz Bozen, Sparkassenstraße 12 b, 39100 Bozen“ richten mit Angabe von Alter, Semesterzahl, Fachrichtung, gewünschte Zeit, Anschrift, usw. Man gebe auch an, daß das Gesuch auf die Zusage des Präsidenten Brandstätter gegenüber der SH hin gemacht wird.

Für die Kölner Stadtranderholung in der Zeit vom 5.—30. Juli 1971 werden für die ferienmäßige Betreuung schulpflichtiger Kinder im Alter von 7—12 Jahren Gruppenhelferinnen und Gruppenhelfer gesucht.

Die Stadtranderholung ist ganztägig, jeweils Montag bis Freitag. Das Wochenende ist frei.

Neben freier Unterkunft und Verpflegung wird eine Vergütung von 200.— bis 240.— DM gewährt. Außerdem werden die Reisekosten 2. Klasse vom Studienort nach Köln und zurück vergütet. Eine Unfall- und Haftpflichtversicherung wird für die Dauer der Maßnahme für jeden einzelnen abgeschlossen.

Die Tätigkeit bei der Kölner Stadtranderholung wird von den sozialen und pädagogischen Ausbildungsstätten als Praktikum anerkannt.

Nähere Informationen sind einzuholen beim „Caritasverband für die Stadt Köln“, 5 Köln 1, Große Telegraphenstraße 35.

## LANDESSTIPENDIEN

Es wird nochmals daran erinnert, daß der Einreichungstermin für die Gesuche an die Südtiroler Landesregierung um Erlangung eines Hochschulstipendiums ab Schuljahr 1971/72 für Ende November festgesetzt ist.

## GUTE EXISTENZ FÜR JUNGE AKADEMIKER

Die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft wurde am 15. März 1956 von der deutschen volkswirtschaftlichen Gesellschaft e.V. Hamburg in Bad Harzburg mit der Zielsetzung gegründet, eine zeitgemäße Gesamtkonzeption für Menschenführung und Betriebsorganisation zu erarbeiten und auf breiter Basis zu lehren. Sie zählt heute zu den führenden Ausbildungsstätten für Unternehmensführung in Europa.

Während ihres nunmehr 15jährigen Bestehens, besuchten über 150.000 Fach- und Führungskräfte aller Ebenen die Seminare der Akademie in Bad Harzburg und in ihren Zweigstellen in Österreich und der Schweiz.

Die Leitung der Akademie hat nun die Absicht in nächster Zeit ihre Tätigkeit auch auf Italien auszudehnen und ist daher interessiert, zu diesem Zweck junge Akademiker, die sowohl die deutsche wie die italienische Sprache gut beherrschen, aufzunehmen und als Dozenten auszubilden.

Es sei noch erwähnt, daß auch während der Ausbildungszeit mit einer anständigen Entlohnung gerechnet werden kann. Interessenten mögen sich direkt an folgende Adresse wenden:

## AKADEMIE FÜR FÜHRUNGSKRÄFTE DER WIRTSCHAFT

3388 BAD HARZBURG - Amsbergstraße 9a - Postfach 243

PS. - Eventuelle nähere Auskünfte erteilt:

KARL PICHLER - 39022 ALGUND (Bozen) P. Thalgutstraße 18

## LITERATURPREIS

Das Institut Premio Nazionale di Poesia dialettale inedita „Valente Faustini“ sieht „zahlreiche Preise“ (1. Preis: 500.000 Lire) für Dialektdichter vor, die für ihre Gegend charakteristische Gedichte schreiben.

Eingereicht werden können drei unveröffentlichte Dialektgedichte, maschineschrieben, in fünf Kopien, mit einer Übersetzung ins Italienische, jeweils mit Name und Anschrift. Abzuliefern sind sie innerhalb 20. Juni 1971 bei: Segreteria del Premio Letterario „Valente Faustini“ presso la Famiglia Piacentina, 29100 Piacenza, Via Scalabrini 6. Dort sind auch die näheren Ausschreibebedingungen zu erfahren.

# Promotionen

PATSCHIEDER Josef, Latsch

Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

AUSSERER Peter, Vipitan

Graduiert zum Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik an der Technischen Universität München. Diplomarbeit: „Erstellung und praktische Anwendung des Digitalprogramms Adypmo zur Berechnung des Frequenzgang- und Stabilitätsverhaltens eines leichtwassermoderierten Druckwasserreaktors“.

CLARA Erika, Toblach

Promoviert zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

LADURNER Hellmuth, Meran

Promoviert zum Doktor der Philosophie (Hauptfach Philosophie) an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Der Grundsatz Verum et Factum convertuntur bei Gian Battista Vico“.

MESSNER Max, Sterzing

Licencié en Sciences Politiques et Administratives an der Freien Universität Brüssel. Diplomarbeit: „L'Autonomie Administrative de la Province du Haut-Adige“.

RAIFER Alois, Gurlan

Promoviert zum Doktor der Agrarwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Untersuchungen über die Erziehungsformen und einige Aspekte des biologischen Verhaltens dreier Spurtypen“.

ROHNER Gehrhard, Meran

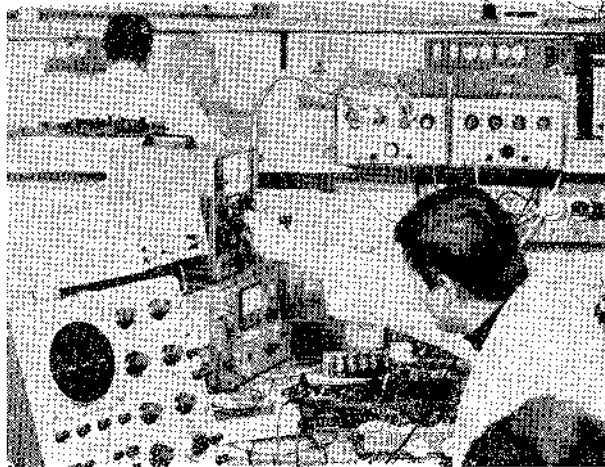
Promoviert zum Doktor-Ingenieur im gesamten Bauwesen an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Projektierung eines Fernmeldeturmes mit drehbarem Panoramarestaurant“.

SCHWIENBACHER Peter, Meran

Promoviert zum Doktor der Handelswissenschaften an der Universität Venedig. Dissertationsthema: „Jüngste Entwicklungstendenzen der Produktionstheorie in der deutschen Betriebswirtschaftslehre“.

WEISSENSTEINER Waltraud, Bozen

Promoviert zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Johann N. Nestroy — Die politischen Komödien“.



Auch bei uns in Südtirol gibt es moderne, bestens eingerichtete Fertigungsstätten, in denen hochgezüchtete elektronische und fototechnische Geräte gebaut werden.

Wir suchen:

**ELEKTRONIK INGENIEURE (Dipl./grad) und ELEKTRONIK TECHNIKER  
MASCHINENBAU- und FEINWERKINGENIEURE**

mit Abschluß einer staatlichen oder privaten Fachschule und möglichst mit praktischer Erfahrung. Der Könnler erhält hier bessere Gehälter als in Deutschland und der Schweiz; die sozialen Leistungen sind auch vorteilhafter; das Betriebsklima ist anerkannt gut; die Tätigkeit ist weitgehend selbständig und erstreckt sich auf interessante Entwicklungsaufgaben mit zukunftsweisenden Lösungen.

Mehrere Teams von jungen aufgeschlossenen Technikern freuen sich darauf, Sie bald als Kollegen in Brixen, im landschaftlich schönen Südtirol, mit seinem milden Klima begrüßen zu können, wo viele Sportmöglichkeiten Ihre Freizeit gestalten helfen.

Bei der Lösung der Wohnungsfrage sind wir behilflich u. die Umzugskosten werden von uns übernommen.

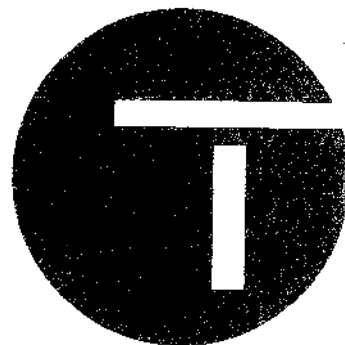
Die Anstellungsbedingungen möchten wir gerne mit Ihnen persönlich besprechen.

Bitte, überlassen Sie uns Ihre Bewerbungsunterlagen; diskrete Behandlung sichern wir Ihnen als selbstverständlich zu.

**Durst**

**DURST AG Entwicklungswerk Personalabteilung  
39042 Brixen, Köstlanstraße 12**

Buchdruckerei  
**TYPOGRAF**



Wenn Sie Druck-  
oder  
Buchbindereiarbeiten

modern  
qualitätsmäßig  
und  
preisgünstig

benötigen,

wenden Sie sich bitte  
an unseren  
neuen und modern-  
eingerichteten Betrieb

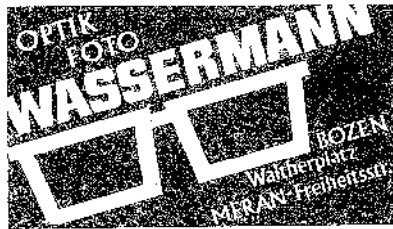
Buchdruckerei  
**TYPOGRAF**

39100 Bozen, Museumstr. 41  
Tel. 21927

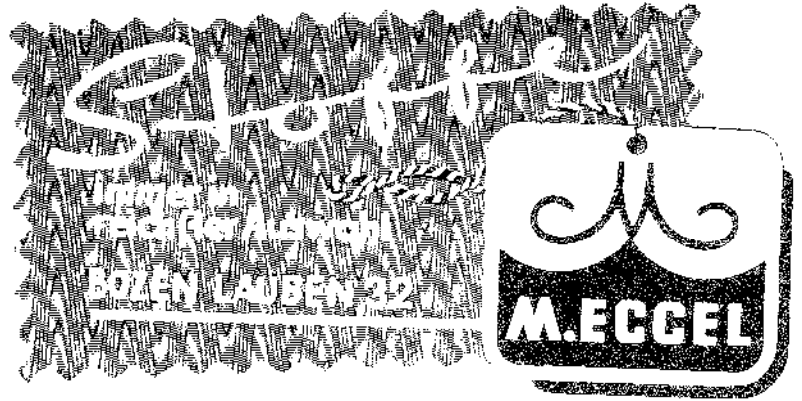
**HELFT DEM SÜDTIROLER KINDERDORF**

Zentralkanzlei: 39012 Meran, Rennweg 52  
Telefon 30 2 87, Sparkasse Meran, Konto 660900

DAMIT AUCH DAS ARME, VERLASSENE KIND EIN NÜTZLICHES MITGLIED DER MENSCHLICHEN GESELLSCHAFT WERDEN KANN. DIE ZUKUNFT UNSERES LANDES LIEGT IN DEN HÄNDEN UNSERER KINDER. DIE ZUKUNFT UNSERER KINDER LIEGT IN UNSERER HAND.



Ihr Brillen-  
Fachgeschäft



Sanitätshaus

**Ladurner**  
HOSPITALIA

MERAN  
Freiheitsstraße 146/a  
Telefon (0473) 24 4 22

**FAHRSTÜHLE**  
und alle anderen Hilfsmittel  
für Gehbehinderte und Kranke.  
(Ankaufserleichterung durch  
Beiträge der Region)

**RUDERGERÄTE u. Heimsportgeräte**  
für die Gesundheitspflege in sehr  
großer Auswahl

# skolast

## Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 24 6 14

Redaktion: **CHRISTIAN ALTON**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Hans BENEDIKTER

Druck: TYPOGRAF, 39100 Bozen, Museumstr. 41 - Tel. 21 9 27  
Klischees: L. STAMPFER, 39100 Bozen, Wangergasse 22, Tel. 23 0 39  
Anzeigen: Kurt LIBARDI, 39012 Meran, Romstraße 114, Tel. 30 7 88  
Anzeigenpreis: die 60mmbreite Zeile L. 60

Skolast, 10-12 Hefte im Jahr **Einzelpreis Lire 150**

Abonnement: Italien Lire 1500  
Österreich 88 70  
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck  
Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-096

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni  
1956 - Sped. in abb. post. - Gruppe IV